

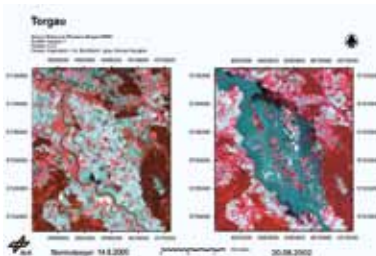
# NEWSLETTER

e-geo.ch  
Geoinformation



Inhalt

Juni 2010



Lärmausbreitungsmodell in SonBase, BAFU, Abteilung Lärmbekämpfung (grosses Bild), Satellitenaufnahme der Überschwemmung in Tschechien 2002 (s. Artikel S. 11).

Schwerpunkte:

**IKGEO**  
**10 Jahre GKG**

- 2 Editorial, *Alain Buogo*

---

- 4 Interkantonale Koordination in der Geoinformation und Mitarbeit in der nationalen Geodateninfrastruktur (IKGEO), *Robert Baumann*, Geschäftsstelle IKGEO

---

- 8 Die IKGEO Steuerung stellt sich vor, *Robert Baumann*, Geschäftsstelle IKGEO

---

- 11 Die geografische Information beim EDA und dessen Vertretung im Koordinationsorgan für Geoinformation des Bundes (GKG), *Natália Archinard, Marc-André Bünzli*

---

- 12 Das GIS-Kompetenzzentrum der Schweizerischen Post, *Bruno Frey*

---

- 13 swisstopo, *Urs Gerber*

---

- 14 Schweizerische Bundesbahnen SBB, *Dominic Moser*

---

- 15 Bundesamt für Raumentwicklung ARE, *Rolf Giezendanner*

---

- 16 Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft WSL, *Martin Hägeli*

---

- 18 Die Geoinformation im Bundesamt für Statistik BFS, *Rainer Humbel*

---

- 20 Bundesamt für Strassen ASTRA, *Christoph Käser*

---

- 22 Bundesamt für Umwelt BAFU, *Tom Klingl*

---

- 23 Informatikrat des Bundes ISB, *Wolfgang Tietz*

---

- 25 Bundeskanzlei, *Ulrich Lichti*

---

- 26 Innovationspreis e-geo.ch 2010

---



Alain Buogo

In diesem Jahr 2010 feiern wir den 10. Geburtstag der Koordination der Geoinformation beim Bund.

In Wirklichkeit, wenn man die Geschichte durchforstet, wäre es richtiger, vom 20. Geburtstag zu sprechen. In der Tat erteilte der Bundesrat bereits im Jahr 1990 den Auftrag, ein Konzept für die Digitalisierung der Geodaten und die Bildung eines Koordinations- und Informationszentrums auszuarbeiten. Diese Entscheidung folgte einem externen Audit, welches den erheblichen Bedarf an Koordination und Informationsaustausch auf dem Gebiet der Geodaten innerhalb der Bundesverwaltung hervorgehoben hatte. Zwischen 1990 und 1998 wurden viele Anstrengungen zur Institutionalisierung einer echten Bundeskoordination im Bereich der Geoinformation unternommen. Ein interner Bericht erwähnt die Tatsache, dass das Hauptproblem der damaligen KOGIS der fehlende Wille bestimmter involvierter Behörden war, sich auf operativer Ebene gewisse Regeln auferlegen zu lassen. KOGIS war demnach eher eine Informationsaustauschgruppe als ein echtes interdepartementales Koordinationsorgan. Im Februar 1998 beschliesst der Bundesrat auf Basis eines neuerlichen externen Audits, welches ein erhebliches Einsparungspotenzial für die Bundesverwaltung hervorgehoben hatte, die Einrichtung eines Koordinationszentrums mit Entscheidungsbefugnis im Bereich der Geoinformation und der geografischen Informationssysteme. Er ordnet gleichzeitig die Gründung eines interdepartementalen Koordinationsorgans an. Am 1. Januar 2000 lebt KOGIS in Form eines an das Bundesamt für Landestopografie angegliederten echten Kompetenzzentrums mit eigenem Betriebshaushalt wieder auf. Im April 2000 wird das neue mit der Steuerung dieses Kompetenzzentrums beauftragte interdepartementale Organ gebildet. Wir feiern nun dieses Jahr das zehnjährige Bestehen dieser Organisation.

Eines der bedeutsamsten Ereignisse, welche die letzten zehn Jahre geprägt haben, ist vor allem die Bestätigung der Strategie für Geoinformation beim Bund, die auf den vereinfachten und kostengünstigen Zugang zur grundlegenden Geoinformation für alle abzielt, durch den Bundesrat im Jahr 2001. Diese Strategie erwähnt die Tatsache, dass die Eidgenossenschaft die wichtige offizielle Aufgabe, die die Qualitätsgarantie der Basisdienstleistungen in Verbindung mit der Geoinformation darstellt, in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen erfüllen muss und dies über den Aufbau einer Nationalen Geodaten-Infrastruktur (NGDI). 2002 war das Jahr der ersten Analysen des Schweizer Geoinforma-

## Das Leitmotiv von e-geo.ch ist «Die Geoinformation – die Ressource des 21. Jahrhunderts. Aus nützlichen Daten werden vernetzte Dienste».

tionsmarktes und der Sensibilisierung der Direktoren von Bundesbehörden und der kantonalen Regierungen für das Programm e-geo.ch. Das Leitmotiv von e-geo.ch ist «Die Geoinformation – die Ressource des 21. Jahrhunderts. Aus nützlichen Daten werden vernetzte Dienste». Im Jahr 2003 wird das Konzept der Umsetzung der Strategie, nach einer breit angelegten Konsultation der interessierten Kreise, durch den Bundesrat angenommen. Dies jedoch mit dem Vorbehalt, dass dieses Unternehmen in finanzieller Hinsicht neutral sein muss. Diese Entscheidung hatte die Aufschiebung der Massnahmen zur Förderung des kostengünstigen Zugangs zu den Bundes-Geodaten und die zeitliche Streckung der für den Aufbau der NGDI vorgesehenen Ressourcen zur Folge. Das Jahr 2003 wird auch durch den offiziellen Start von e-geo.ch auf dem Gurten und durch die Eröffnung der ersten Fachgeoportale auf Bundesebene gekennzeichnet. Im Jahr 2004 wird [www.geocat.ch](http://www.geocat.ch), eine Anwendung für die Suche und Verwaltung von Metadaten, gestartet. Im darauf folgenden Jahr konstituiert sich im Rahmen des ersten e-geo.ch Forums in Freiburg das e-geo.ch Steuerungsorgan. Von 2005 bis 2008 wird eine erhebliche Energie in die Ausarbeitung des neuen Gesetzes über Geoinformation und seiner Verordnungen investiert. Der Zeitraum 2008–10 ist geprägt durch die Verwirklichung des Bundesgeoportals [www.geo.admin.ch](http://www.geo.admin.ch), sowie einer neuen Version von [www.geocat.ch](http://www.geocat.ch), einer zweiten Analyse des Schweizer Geoinformationsmarktes, und selbstverständlich auch durch das Inkrafttreten des Gesetzes über Geoinformation im Juli 2008.

In Zahlen ausgedrückt bedeutet die Bundeskoordination im Bereich der Geoinformation Ende 2009 ca. 15 Vollzeitstellen, eine einheitliche Rechtsgrundlage für alle Geobasisdaten des Bundesrechts, eine gemeinsame Infrastruktur im Dienste von 35 Fachgeoportalen, die mehr als 450 Kartenabrufe pro Minute generiert, ein Bundes-Geoportal, einen zentralen Zugang zu mehr als 3300 in der Schweiz verteilten Metadatensätzen, 23 Newsletter und 7 e-geo.ch-Foren, das Ganze von 58 ordentlichen Sitzungen des Koordinationsorgans für Geoinformation des Bundes und 26 Sitzungen des Steuerungsorgans e-geo.ch untermalt.

Eine koordinierte Aktion im Bereich der Geoinformation muss mindestens die drei folgenden Achsen berücksichtigen: die vertikale Koordination zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen unter Einhaltung des Grundsatzes der Subsidiarität, die horizontale Koordination zwischen territorialen Entitäten

## Eines der bedeutsamsten Ereignisse, welche die letzten zehn Jahre geprägt haben, ist vor allem die Bestätigung der Bundesstrategie für Geoinformation.

gleicher Verwaltungsebenen, sowie die transversale Koordination zwischen den zahlreichen auf dem Territorium eingesetzten Fachthematiken. Seit dem Start von e-geo.ch ist es eine grosse Herausforderung, diese drei Dimensionen konvergieren zu lassen. Ein erster Schritt im Bereich der horizontalen Koordination war sicherlich die Gründung der Konferenz der kantonalen Geodaten-Koordinationsstellen (KKGEO) im Jahr 2004. So zielt die KKGEO vor allem darauf ab, einen Erfahrungsaustausch und eine koordinierte Vertretung der kantonalen Interessen im Bereich der Geoinformation zu gewährleisten. Ein wichtiger Schritt in Richtung einer besseren transversalen Koordination ist sicherlich die Gründung der Interkantonalen Koordination in der Geoinformation (IKGEO) Anfang 2010. Mandatiert durch die Schweizerische Bau- Planungs- und Umwelt-Direktoren-Konferenz (BPUK) vereint die IKGEO die kantonalen Fachstellen im Bereich Forstwirtschaft, Geoinformation, Grundbuch, Landwirtschaft, Raumordnung, Umwelt, Verkehr und Messungen.

Jeder dieser zahlreichen Schritte bringt uns unserer nationalen Geodaten-Infrastruktur ein wenig näher. Weitere Schritte werden folgen, vielleicht manchmal nach der vor fast 2000 Jahren dem Kaiser Augustus unterstellten Devise:

*«Festina lente!» – «Eile mit Weile!»*

Wenn es besser ist, langsam zu gehen, um schneller zu einer gelungenen Arbeit zu gelangen, dann bin ich zuversichtlich, dass wir in Zukunft alle in der Lage sein werden, unsere Arbeit, im Dienste einer erleichterten Teilung der Geoinformation, zu verrichten.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und anregende Lektüre.

### Innovation trifft Geschichte:

#### 8. e-geo.ch Forum zu Gast in Zürich

Bereits zum 8. Mal bietet das e-geo.ch Forum eine ideale Plattform für den Erfahrungsaustausch und Meinungsaustausch aller im Bereich der Geoinformation tätigen Akteure. Gastgeberin für das Forum am Freitag, dem 12. November 2010 ist die Stadt Zürich. Der Anlass richtet sich vor allem an die Charta-Unterzeichner, steht aber allen Interessierten offen. Einer der Höhepunkte des Forums ist die Verleihung des Innovationspreises e-geo.ch. Mit dem Preis fördert und unterstützt e-geo.ch innovative Projekte im Bereich der Geoinformation.

Die Teilnehmenden erwarten ausserdem zwei geschichtsträchtige Orte: Das Vormittagsprogramm findet im Zürcher Rathaus (oberes Bild) statt. Es wurde zwischen 1694 und 1698 im Stil der deutschen Renaissance an repräsentativer Lage freistehend in der Limmat in der Mitte der Altstadt erbaut. Seit 1803 ist es im Besitz des Kantons Zürich und dient als Sitz des Kantonsrats. Auch der Gemeinderat der Stadt Zürich tagt hier.

Für den Lunch und die Workshops am Nachmittag wird ins Zunfthaus zur Saffran (unteres Bild) gewechselt. Die Zunft hat ihren Ursprung im 14. Jahrhundert und war ursprünglich eine Vereinigung von Gewürz-, Heilmittel-, Baumwoll-, Seiden- und Stoffhändlern. Sie ist die älteste aller Zürcher Zünfte. Das repräsentative, dreigeschossige Zunfthaus wurde 1719–23 im Stil der Régence, einer Frühform des Rokoko, am Limmatquai gebaut. Es steht direkt gegenüber dem Rathaus.

**Reservieren Sie sich schon heute den 12. November 2010. Eine Anmeldung ist ab Oktober möglich.**



# Interkantonale Koordination in der Geoinformation und Mitarbeit in der nationalen Geodateninfrastruktur (IKGEO)



Robert Baumann,  
Geschäftsstelle IKGEO

**Damit Geoinformationen effizient genutzt werden können, müssen sie jederzeit aktuell, untereinander kompatibel und breit zugänglich sein.**

Geoinformationen bilden die Basis für Planungen, Massnahmen und Entscheidungen aller Art in der Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wie auch im Privatbereich. Der Zugang zu den in den öffentlichen Verwaltungen vorhandenen Geoinformationen soll aufgrund der wachsenden Anforderungen zukunftsorientiert ausgerichtet werden. Geoinformationen entstehen auf Grund bestehender gesetzlicher Grundlagen bei Bundesstellen, insbesondere aber bei kantonalen und kommunalen Verwaltungen und bei Werken. Diese Daten sind oft voneinander abhängig. Damit Geoinformationen effizient genutzt werden können, müssen sie jederzeit aktuell, untereinander kompatibel und breit zugänglich sein.

Damit diese Anforderungen umgesetzt werden können hat die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz der Kantonsregierungen (BPUK) beschlossen, die politische Verantwortung und Federführung für die Kantone und Gemeinden im Bereich Geoinformation zu übernehmen und eine Organisation für die interkantonale Koordination in der Geoinformation und die Mitarbeit in der Nationalen Geodateninfrastruktur – die IKGEO – zu schaffen.

Welche Auswirkungen und Potenziale damit für Datenherren wie auch für Datennutzer entstehen können, wird im Folgenden beschrieben.

## Das Konzept IKGEO

Eine effiziente Nutzung von bestehenden und künftigen Geodaten setzt eine gemeinsame, koordinierte Politik sowie einheitliche Standards und Technologien auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene voraus. Die kantonalen Geoinformationsgesetzgebungen (KGeoIG) müssen in den Kantonen drei Jahre nach dem am 1. Juli 2008 in Kraft getretenen Geoinformationsgesetz (GeoIG), also bis zum 30. Juni 2011, an die Bundesgesetzgebung angepasst werden. Insbesondere müssen durch die Anpassungen der KGeoIG der Vollzug des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 2007 über Geoinformation (GeoIG)<sup>1</sup> sowie die Erhebung und Verwendung von Geodaten der Kantone und der Gemeinden geregelt werden.

Mit dem Start der operativen Arbeit von IKGEO am 1. Januar 2010 verfügen die Kantone nun über eine Organisation für die unerlässliche Koordination und Harmonisierung unter sich einerseits und gegenüber dem Bund andererseits. Die politische Zuständigkeit der IKGEO wird mit einem breit abgestützten Mandat verankert.

## Vernetzung

Die Kantone, Städte und Gemeinden, sowie die Ver- und Entsorgungsbetriebe, die in der IKGEO vertreten sind, verfügen über ein ausgedehntes Beziehungsnetz unter sich, aber auch zu den Fachkonferenzen und Fachorganisationen. Diese Kontakte ermöglichen einen wertvollen Informationsaustausch und dienen der Abstimmung der Tätigkeitsprogramme.

Gemeinsam mit der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK), dem Koordinationsorgan für Geoinformation des Bundes (GKG) sowie der Schweizerischen Organisation für Geoinformation (SOGI) ist eine politische aber auch operative Vernetzung zur öffentlichen Verwaltung und zu privaten Organisationen sichergestellt.

Sehr eng ist die Zusammenarbeit auch mit der Konferenz der Kantonalen Geodaten-Koordinationsstellen und GIS-Fachstellen (KKGEO). Diese führt auch das Sekretariat der IKGEO. Zudem betreut die IKGEO die Städte und Gemeindeposition in Zusammenarbeit mit dem Städte- und Gemeindeverband, die ebenfalls im IKGEO Steuerungsorgan vertreten sind.

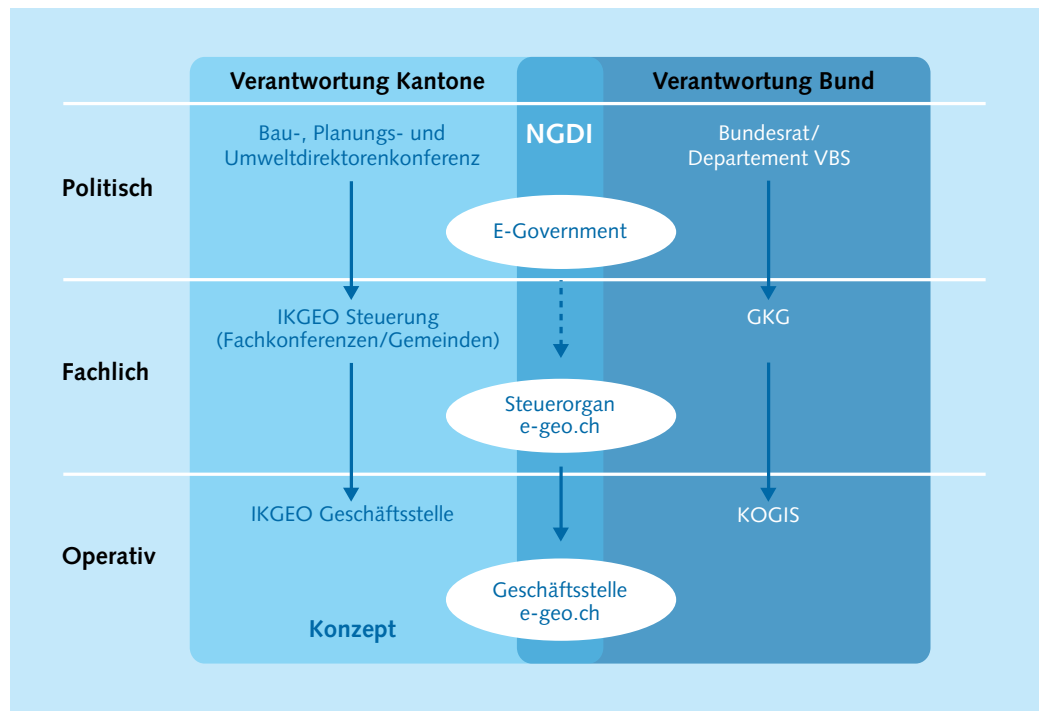
## Koordination

Für die Kantone und Gemeinden ist es vordringlich, mit der IKGEO die Koordination der interkantonalen Fachkonferenzen und somit die Koordination der Kantone und Gemeinden im Geoinformationsbereich sicherzustellen.

Der Koordinationsbedarf zeigt sich insbesondere in folgenden Bereichen:

- bei der Umsetzung des GeoIG: Die kantonalen Geoinformationsgesetzgebungen (KGeoIG) müssen drei Jahre nach dem am 1. Juli 2008 in Kraft getretenen Geoinformationsgesetz (GeoIG) an die Bundesgesetzgebung angepasst sein. Insbesondere müssen durch die Anpassungen der KGeoIG der Vollzug des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 2007 über Geoinformation (GeoIG) sowie die Erhebung und Verwendung von Geodaten der Kantone und der Gemeinden geregelt werden.
- beim Aufbau eines gemeinsamen Angebotes der Kantone: Damit Geoinformationen effizient genutzt werden können, müssen sie jederzeit aktuell, untereinander kompatibel und breit zugänglich sein. Eine gemeinsame, koordinierte Politik sowie einheitliche Standards und Technologien auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene sind dazu unerlässlich.

Abb. 1: Organisatorische Ebenen und Organe bei Bund und Kantonen



- bei der Mitwirkung beim Aufbau der nationalen Geodateninfrastruktur (NGDI)
- bei der Koordination von gesamtschweizerischen Projekten mit starkem Bezug zur Geoinformation (z.B. Elektronisches Grundstückinformationssystem, eGRIS)
- bei der Koordination von Anfragen und Forderungen der Bundesämter im Geoinformationsbereich

Die Kantone sind auf eine gute bundesinterne Koordination bei der Datenerfassung und Zur-Verfügung-Stellung von Daten angewiesen, damit Doppelspurigkeiten vermieden werden können. Bis zur Klärung der wesentlichen Punkte bezüglich Geodatenportal und NGDI sollten die Kantone nicht mit Datenforderungen für neue Bundesdatensätze konfrontiert werden. Vordringlich müssen die Nutzungsrechte und die gegenseitige Verrechnung der Datennutzung geklärt und für den Datenaustausch zwischen dem Bund und den Kantonen die Modalitäten geregelt werden (GeoIG Art.14, Abs.3).

Bei speziellen und wichtigen gesamtschweizerischen Projekten wie z.B. eGRIS oder Netzwerk Umweltbeobachtung Schweiz (NUS) wurde die Koordination der kantonalen und kommunalen Fachstellen bereits angegangen.

#### Organisation

Analog zur Organisation des Bundes in der Geoinformation wurden bei den Kantonen mit IKGEO die entsprechenden Organisationen auf politischer, fachlicher und operativer Ebene geschaffen (vgl. Abb. 1). Die NGDI wird gesteuert und umgesetzt durch die Organe der jeweiligen Ebenen.

Die Organisation unterscheidet gemäss Abbildung 1 drei Ebenen mit unterschiedlicher Verantwortung und Zusammensetzung.

#### – Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK)

Auf politisch-strategischer Ebene übernimmt die BPUK die Verantwortung. Ein Mitglied des BPUK Vorstandes und die BPUK Geschäftsstelle werden mit der Begleitung der IKGEO (IKGEO Steuerung und Geschäftsstelle) betraut. Die Regelung der Finanzierung läuft über die BPUK und die benötigten Mittel werden von den Kantonen zur Verfügung gestellt.

#### – Interkantonale Koordination in der Geoinformation (IKGEO)

Eine Harmonisierung der Geobasisdaten unter den Kantonen ist wegen ihrer Organisationshöhe ein schwieriges Unterfangen und stellt deshalb eine der Hauptaufgaben von IKGEO dar. Dies kann nur mit guten Argumenten und Überzeugungsarbeit erreicht werden. Das GeoIG bringt neue Aufgaben und es ist für die Kantone effizient und kostensparend, wenn die ihnen übertragenen neuen Aufgaben gemeinsam angegangen und von einer gemeinsam geführten Stelle koordiniert werden. Die IKGEO hat ein politisches Mandat, hat aber den Kantonen gegenüber nur beschränkte Befugnisse.

#### Auftrag

Folgende fachliche Aufträge werden durch die IKGEO übernommen:

*Anlaufstelle für Geodatenanliegen des Bundes gegenüber Kantonen und Gemeinden*

- Einheitliche oder zumindest mehrheitsfähige Meinung der Kantone bilden und diese gegen-

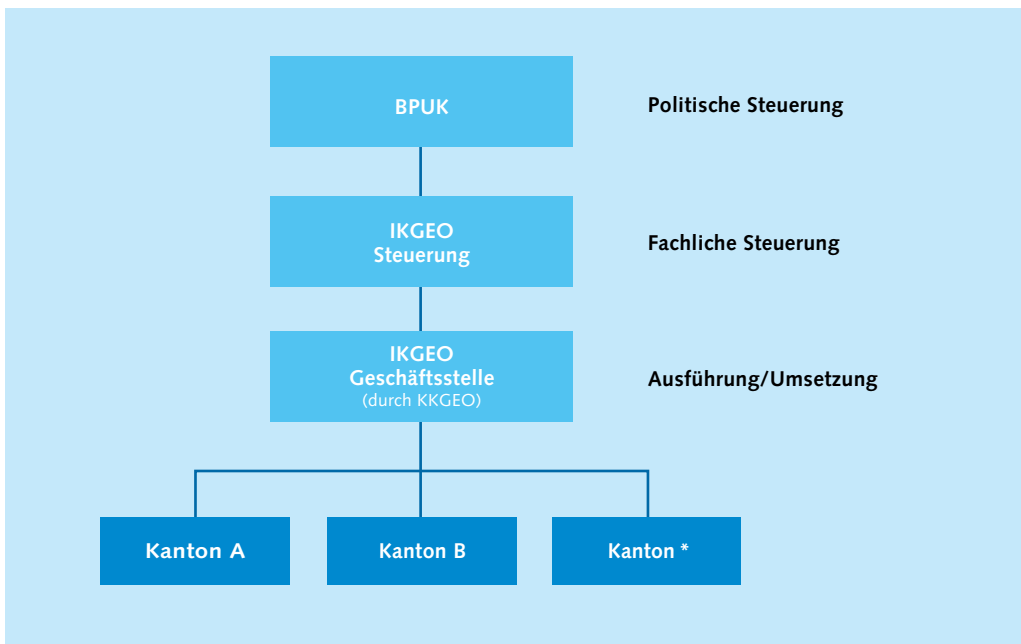


Abb. 2: Organisation IKGEO für die interkantonalen Koordination in der Geoinformation

über dem Bund vertreten. Die kantonalen Fachstellen sollen deshalb neue Anfragen im Zusammenhang mit Geoinformation zurückweisen und an IKGEO verweisen.

- Wahrnehmung der Geodaten-Interessen der Kantone gegenüber dem Bund und Koordination und Formulierung kantonalen Anliegen zuhanden der Bundesstellen

#### Interkantonale Koordination:

- Koordination der Finanzierung seitens der Kantone und Bereitstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen für die termin- und fachgerechte Bereitstellung der Beiträge der Kantone an NGDI.
- Rasche, gezielte und stufengerechte Information aller Beteiligten auf Stufe Kantone und Bereitstellung von Argumenten für die politische Arbeit.
- Regelmässige Erfolgskontrolle in der interkantonalen Zusammenarbeit und Vorschläge für Korrekturmassnahmen sowie Unterstützung der Einhaltung von Vorgaben in den Kantonen.
- Koordination und Unterstützung der Arbeiten bezüglich Geobasisdaten.
- Unterstützung der Erarbeitung von Minimaldatenmodellen und Darstellungsmodellen durch Mitarbeit in den Fachinformationsgemeinschaften. Daten- und Darstellungsmodellierung für Geobasisdaten mit Kanton als zuständige Stelle.
- Information und Aufklärung der Entscheidungsträger für Geodaten in den Kantonen.
- Koordination der Geodienste bezüglich Struktur, Inhalt und Qualität.
- Mitwirkung bei der Formulierung eines ÖREB Rahmenmodells und dessen Umsetzung mit dem Ziel eines kantonsübergreifenden Zugangs.

#### Konzept und Realisierung nationales Geoportal

- Proaktive Vorschläge für Umsetzung aus Sicht Kantone.
- Einbringen von bewährten kantonalen Lösungen.
- Koordination des Angebots an Geodiensten auf Stufe der Kantone.
- Pilotlösungen ermöglichen (für Argumentation und Motivation).

Für die fachliche Koordination sind direkte Kontakte zwischen den Fachämtern des Bundes mit den entsprechenden Fachkonferenzen der Kantone in Form von Fachinformationsgemeinschaften erforderlich. Diese Fachinformationsgemeinschaften sollen alle im Fachbereich Beteiligten (insbesondere auch die Städte und Gemeinden) angemessen vertreten und für Anliegen der Geoinformation und der übergeordneten Koordination die IKGEO einbeziehen.

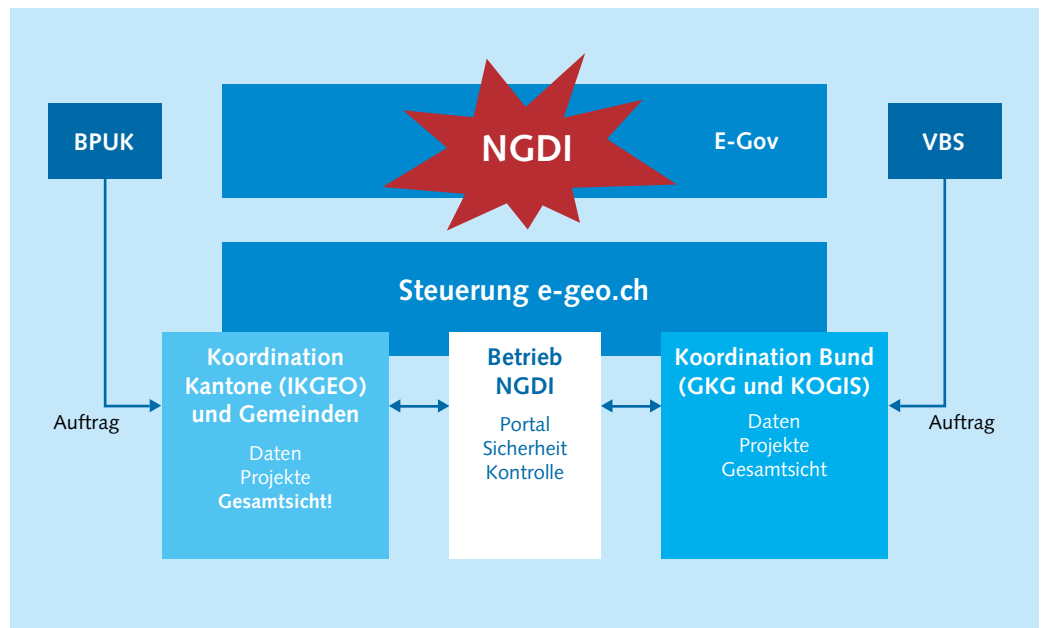
#### Aufgaben

##### IKGEO Steuerung (fachlich-strategisch)

Die IKGEO Steuerung übernimmt die fachlich-strategische Verantwortung. Folgende Aufgaben werden durch die IKGEO Steuerung ausgeführt:

- Visionen entwickeln und Strategie definieren
- Projekte und Prioritäten bei deren Durchführung festlegen
- Arbeitsgruppen zusammenstellen
- Strategische Verhandlungen mit Bund und Kantonen führen
- Finanzierungskonzept und Voranschläge verabschieden
- Kommunikation strategisch führen
- Wahl der Geschäftsstelle
- Geschäftsbericht und Jahresrechnungen der Geschäftsstelle genehmigen
- Berichterstattung gegenüber BPUK

Abb. 3: Organisation Bund, Kantone, Gemeinden und Werke für den Betrieb der NGDI



### Für die Umsetzung der NGDI stellen die Koordination und die Kooperation zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden wesentliche Erfolgsfaktoren dar.

#### IKGEO Geschäftsstelle (operativ)

Die IKGEO Geschäftsstelle nimmt die operative Verantwortung wahr. Diese hat immer eine Gesamtsicht der laufenden Projekte zwischen den Kantonen, mit den Gemeinden und mit dem Bund sicherzustellen. Geschäfte und Aufgaben werden über Projekte mit entsprechenden Mandaten abgewickelt. Fallweise werden für wichtige Projekte Arbeitsgruppen mit Personen aus Kantonen, Gemeinden und Fachorganisationen eingesetzt. Jeder Kanton bestimmt eine Verwaltungsstelle, die als Ansprechperson der IKGEO Geschäftsstelle gilt. Folgende Aufgaben werden durch die IKGEO Geschäftsstelle ausgeführt:

- Von der IKGEO Steuerung festgelegte Aufträge und Projekte initiieren, durchführen, leiten oder begleiten
- Visionen und Strategie zuhanden der IKGEO Steuerung entwerfen und ausformulieren
- Sitzungen der IKGEO Steuerung vorbereiten und Entscheide protokollieren
- Budget und Finanzierungskonzept planen und anpassen
- Kommunikation operativ führen und Public Relations Massnahmen umsetzen
- Controlling führen und Geschäftsbericht ausarbeiten
- Information der an der IKGEO beteiligten Akteure
- Laufende Bearbeitung der weiteren anstehenden Aufgaben
- Alle Dokumente verwalten und zugänglich halten

#### IKGEO – GKG/KOGIS

Hauptziele von Bund und Kantonen sind die Trägerschaft für die operativen Tätigkeiten der NGDI sicherzustellen und die praktischen Umsetzung des GeoIG und der zugehörigen Verordnungen, vorerst zwischen Bund und Kantonen, in einer zweiten Phase mit Gemeinden und Werken, zu koordinieren. Für die Umsetzung der NGDI stellen die Koordination und die Kooperation zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden wesentliche Erfolgsfaktoren dar.

Die IKGEO (Steuerung und Geschäftsstelle) wird gemäss Figur 3 in einer Zusammenarbeit mit den Koordinationsgremien Geoinformation des Bundes (GKG und KOGIS) im Rahmen der E-Government Strategie Schweiz die zwei definierten prioritären Projekte (B1.10 Organisation NGDI und A1.14 Datenbereitstellung/ Geoportal) umsetzen. Die heutige ad-hoc Projektorganisation der NGDI wird dabei ersetzt durch eine e-geo.ch Steuerung, gebildet aus der IKGEO Steuerung und der GKG, sowie einer e-geo.ch Geschäftsstelle, gebildet aus der IKGEO Geschäftsstelle und der KOGIS. Der rechtliche Rahmen wird im Sinne einer E-Government Sondervereinbarung (nach Art. 17 der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz) zur gemeinsamen Finanzierung der übergreifend benötigten Leistungen und Voraussetzungen festgehalten.



Robert Baumann,  
Geschäftsstelle IKGEO

#### Ein Blick zurück

In den letzten vier Jahren zeigte sich, dass es bei der Umsetzung der Ziele zur Schaffung der nationalen Geodateninfrastruktur (NGDI) trotz intensivem Einsatz aller Beteiligten immer wieder an personellen, finanziellen und führungs-technischen Mitteln mangelte. Zudem fehlte die politische Abstützung bei den Partnern ausserhalb der Bundesverwaltung.

Die Vertretung der Kantone in e-geo.ch wurde durch die drei Fachverbände Konferenz der Kantonalen Geodaten-Koordinationsstellen und GIS-Fachstellen (KKGEO), Konferenz der kantonalen Vermessungsaufsichten (KKVA) und Schweizerische Kantonsplanerkonferenz (KPK) wahrgenommen und in einem informellen Koordinationsgremium der interkantonalen Fachkonferenzen breiter diskutiert. Auch hier fehlte der klare, politische Auftrag und ein solides Mandat von Seiten der Politik. Eine politisch abgesicherte Vertretung der Kantone und Fachorganisationen, sowie eine nachhaltige Finanzierung konnten deshalb bis Ende 2009 nicht geregelt werden.

Widersprüchliche Interessen und Ansprüche erschwerten zudem die Zusammenarbeit der Partner. Das Verständnis für die jeweilige Koordinationsproblematik in den Kantonen oder in der Bundesverwaltung war im Steuerorgan e-geo.ch in der Vergangenheit nicht immer gegeben. Es bestanden auch immer noch vielfältige Hindernisse, Geodaten gegenseitig zu nutzen. Diese Problematik wurde im GeoIG des Bundes aufgegriffen, wo ein einfacher und direkter Austausch von Geodaten unter Behörden gefordert wird (GeoIG, Art. 14).

#### Gründung der IKGEO

Die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz der Kantonsregierungen (BPUK) beschloss an ihrer Hauptversammlung vom 17.9.2009 in Luzern die politische Verantwortung und Federführung für die Kantone und Gemeinden im Bereich der Geoinformation zu übernehmen und eine Organisation für die interkantonale Koordination in der Geoinformation und die Mitarbeit in der Nationalen Geodateninfrastruktur – die IKGEO – zu schaffen.

In der IKGEO sind nun seit dem 1. Januar 2010 die Fachkonferenzen aller kantonalen Amtsstellen, die gemäss GeoIG für Geobasisdaten zuständig sind, das Fürstentum Liechtenstein, der Schweizerische Städteverband sowie der Schweizerische Gemeindeverband, zusammengeschlossen.

## Eine politisch abgesicherte Vertretung der Kantone und Fachorganisationen, sowie eine nachhaltige Finanzierung konnten deshalb bis Ende 2009 nicht geregelt werden.

#### Auftraggeber und Organe der IKGEO

Die BPUK trägt die politisch-strategische Verantwortung und ist Auftraggeberin für die IKGEO. Die Organe der IKGEO sind:

- die IKGEO Steuerung (Fachliche Steuerung),
- die IKGEO Geschäftsstelle (Ausführung/Umsetzung),
- die IKGEO Kontrollstelle (Revisionsstelle).

Die fachlich strategische Führung übernimmt die IKGEO Steuerung, die sich aus Vertretern der interkantonalen Fachkonferenzen der Geoinformation und Vermessung sowie der BPUK zusammensetzt.

Die IKGEO Geschäftsstelle trägt die operative Verantwortung.

#### Finanzierung

Die Aufwendungen der IKGEO werden durch Beiträge der Kantone, des Fürstentums Liechtenstein und des Städte- und Gemeindeverbandes gedeckt. Die Kantonsbeiträge sind zu  $\frac{1}{5}$  zu gleichen Teilen, zu  $\frac{3}{5}$  nach Einwohnern und zu  $\frac{1}{5}$  nach Fläche aufgeteilt. Der Beitrag enthält einen jährlich wiederkehrenden Anteil für die Geschäftsstelle und einen Anteil für bewilligte Projekte. Werden für einzelne Kantone spezielle Bedürfnisse bearbeitet, wird der dadurch verursachte Aufwand getrennt erfasst und dem betreffenden Kanton gesondert in Rechnung gestellt.

Die IKGEO Steuerung unterbreitet der BPUK das Budget zur Genehmigung.

#### Projekte im Rahmen der IKGEO

Die Projekte der IKGEO können in drei Kategorien aufgeteilt werden:

- Von der IKGEO selber durchgeführte Projekte;
- Von der IKGEO begleitete oder koordinierte Projekte.

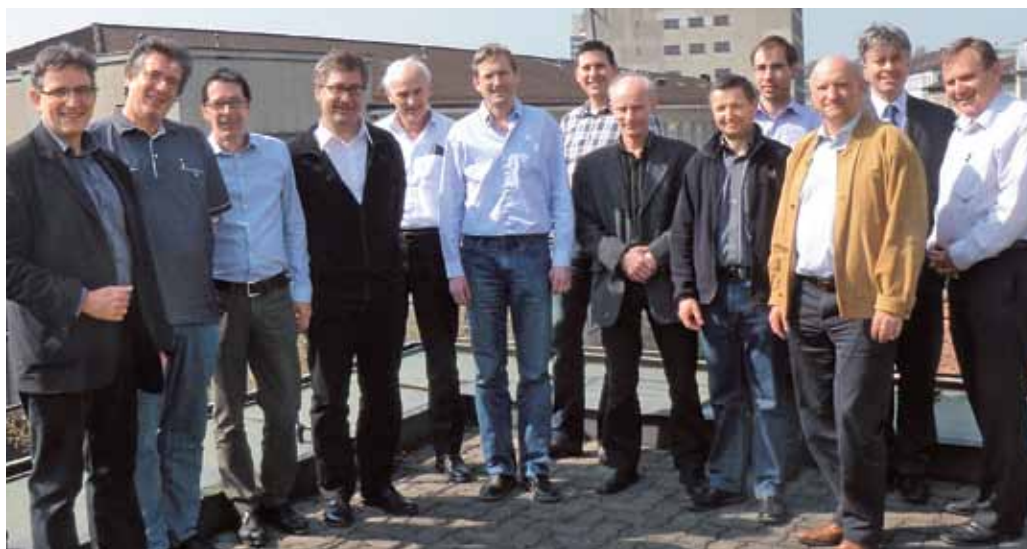
Dazu kommen Projekte, die im Kontext von e-geo.ch bearbeitet werden und bereits seit geraumer Zeit laufen. Bei diesen handelt es sich überwiegend um Aktivitäten im Zusammenhang mit der Schaffung der nationalen Geodateninfrastruktur (NGDI: Pilotlösungen, Normierung etc.). Diese sollen nun auch von der IKGEO koordiniert werden.

Die Begleitung und Beratung von Projekten gehören zu den Basisleistungen der IKGEO Geschäftsstelle. Projektentwicklung und -durchführung sind keine Basisleistungen, hierfür wird ein formelles IKGEO Projekt zusammen mit der Kategoriezuteilung beantragt. Fallweise werden für wichtige Projekte Arbeitsgruppen auf

Kantonale Ansprechpersonen	
AG	August Keller
AI	
AR	Urban Keller
BE	Thomas Hardmeier
BL	Jean-Marc Buttlinger
BS	Simon Rolli
FR	Vincent Grandgirard
GE	
GL	Peter Zopfi
GR	
JU	
LU	Thomas Hösli
NE	Marc Riedo
NW	Markus Gammeter
OW	Philippe Leu
SG	René L'Eplattenier
SH	Felix Berger
SO	Dr. Horst Düster
SZ	Dominik Fürer
TG	Martin Barrucci
TI	Omar Stornetta
UR	Emanuel Strub
VD	
VS	Rainer Oggier
ZG	Willy Meyer
ZH	Othmar Hiestand
FL	Peter Jehle

Tab. 1: Kantonale Ansprechpersonen, Stand Ende Mai 2010

Abb. 1: Gruppenfoto der IKGEO Steuerung, v.l.n.r.:  
 Bernhard Künzler (KPK),  
 Andreas Lienhard (KBNL),  
 Christian Gees (SSV),  
 Thomas Hösli, Präsident IKGEO,  
 Steuerung (KKGEO),  
 Othmar Hiestand (KKVA),  
 Reto Conrad (SGV),  
 Dr. Benjamin Wittwer (BPUK),  
 Otmar Wüest (KoK),  
 Benno Reichlin (KOLAS),  
 Andreas Gloor (KVU),  
 Stv. von Philippe Baltzer,  
 Hannes Fässler (KIK),  
 Christian Heim (VSGV),  
 Robert Baumann, Fachsekretär IKGEO



Tab. 2: Zusammensetzung IKGEO Steuerung

Fachkonferenz	Vertretung Fachorganisation	Stellvertretung
KKGEO, Konferenz der Kantonalen Geodaten-Koordinationsstellen und GIS-Fachstellen	Thomas Hösli	Rainer Oggier
KVU, Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter	Philippe Baltzer	Andreas Gloor
KPK, Schweizerische Kantonsplanerkonferenz	Bernhard Künzler	Markus Zimmermann
KKVA, Konferenz der kantonalen Vermessungsaufsichten	Othmar Hiestand	Christian Dettwiler
KBNL, Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz	Andreas Lienhard	Simone Serretti
KIK, Konferenz der Kantonsingenieure	Hannes Fässler	
KoK, Konferenz der Kantonsförster	Otmar Wüest	
KOLAS, Konferenz der Landwirtschaftsämter der Schweiz	Benno Reichlin	
VSGV, Verband Schweizerischer Grundbuchverwalter	Christian Heim	
SSV, Städteverband	Christian Gees	
SGV, Gemeindeverband	Reto Conrad	
BPUK, Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz	Dr. Benjamin Wittwer	
IKGEO, Fachsekretär	Robert Baumann	

freiwilliger Basis mit Personen aus Kantonen, Gemeinden und Fachorganisationen eingesetzt.

Sämtliche Projekte müssen zur formalen Auslösung der IKGEO Steuerung zur Genehmigung vorgelegt werden. Alle erbrachten Leistungen werden systematisch erfasst und über die ordentliche Berichterstattung transparent ausgewiesen.

#### Zusammenarbeit

Um den einheitlichen Einbezug IKGEO Fachbereiche sicherzustellen, arbeiten die IKGEO Organe mit den interkantonalen Fachkonferenzen sowie den Kantonen, dem Fürstentum Liechtenstein und den Städten und Gemeinden zusammen. Jeder Kanton sowie das Fürstentum Liechtenstein bezeichnet eine Ansprechstelle für die IKGEO. Diese ist in der Regel die für die Koordination der Geoinformation in der jeweiligen Verwaltung zuständige Stelle.

Die in Tabelle 1 aufgeführte Person der Ansprechstelle sorgt für den Informationsfluss innerhalb der betreffenden Verwaltung und zur IKGEO. Die noch nicht festgelegten Personen sind zurzeit bei den jeweiligen Kantonen in Bearbeitung.

#### Zusammensetzung

Die IKGEO Steuerung setzt sich aus je einer oder einem Delegierten der interkantonalen Fachkonferenzen und je einer Vertretung des Städte- und des Gemeindeverbandes zusammen. Die Fachkonferenzen bestimmen ihre Delegierten und deren Stellvertretung. Die BPUK ist mit ihrem Direktor ständig in der IKGEO Steuerung vertreten. Die IKGEO Steuerung entscheidet über die Aufnahme von weiteren interkantonalen Fachkonferenzen (s. Tab. 2).

#### Projektorganisation

Die IKGEO kann im Rahmen ihrer Zielsetzung Projekte der Geoinformation betreuen, führen oder sich an solchen beteiligen.

Daraus ergibt sich die operative Organisation wie dargestellt in Abbildung 2.

#### IKGEO Geschäftsstelle

Die IKGEO Geschäftsstelle ist der IKGEO Steuerung unterstellt und nimmt die operative Umsetzung der Koordination und die Zusammenarbeit mit dem Bund wahr. Sie stellt die Gesamtsicht der laufenden Projekte in der Geoinformation

### IKGEO Steuerung (Stand 19. April 2010)

Thomas Hösli (Vorsitz, KKGEO), Philippe Baltzer (KVU), Reto Conrad (SGV), Hannes Fässler (KIK), Christian Gees (SSV), Christian Heim (VSGV), Othmar Hiestand (KKVA), Bernhard Künzler (KPK), Andreas Lienhard (KBNL), Benno Reichlin (KOLAS), Dr. Benjamin Wittwer (BPUK), Othmar Wüest (KoK)

### IKGEO Geschäftsstelle

Koordination Projektarbeit

Fachsekretär  
Robert Baumann

Geschäftsführer  
(noch offen)

Administration

### KKGEO

Umsetzung Geschäftsstelle

Finanzen

Verträge

### IKGEO Projekte

Durchgeführte Projekte

Harmonisierung  
Geobasisdaten

Umsetzung  
NGDI

Begleitung  
GeoIG

eGRIS

NUS

ASA2011

Koordinierte Projekte

Abb.2: Organisationsschema IKGEO

zwischen den Kantonen und den Gemeinden sowie dem Bund sicher.

Das Präsidium der IKGEO Steuerung wird durch die von der IKGEO bestimmte Vertretung wahrgenommen. Das Gremium bestimmt das Vizepräsidium und konstituiert sich selbst. Eine Vertretung der IKGEO Geschäftsstelle nimmt ohne Stimmrecht an den Sitzungen der IKGEO Steuerung teil und führt das Protokoll. Jede Vertretung (bzw. deren Stellvertretung) hat eine Stimme.

# Die geografische Information beim EDA und dessen Vertretung im Koordinationsorgan für Geoinformation des Bundes (GKG)



**Natália Archinard,**  
Stellvertretende Leiterin der Sektion  
Bildung, Wissenschaft und Raumfahrt,  
Politische Abteilung V, Politische  
Direktion, Vertreterin des EDA im GKG

**Marc-André Bünzli,**  
Programmbeauftragter, Führungsstab  
Humanitäre Hilfe, Direktion für  
Entwicklung und Zusammenarbeit  
(DEZA)

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) wurde im Koordinationsorgan für Geoinformation des Bundes (GKG) zuerst durch den Bereich Humanitäre Hilfe der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) vertreten, da es sich um den Bereich handelte, der die grösste praktische Erfahrung auf dem Gebiet der Benützung der Geografischen Informationssysteme (GIS) besass. Ende 2008 wurde beschlossen, dass die Politische Direktion (PD), genauer gesagt, die mit der Koordination der sektoriellen Politik beauftragte Politische Abteilung V innerhalb der PD, das EDA im GKG vertreten würde. Die Vertretung des Departements verlor dadurch an operativer Erfahrung um, im Gegenzug, an Gesamtüberblick und Kenntnis über das Engagement der Schweiz im Rahmen der intergouvernementalen Initiativen und Programmen auf dem Gebiet der Entwicklung und der Verwendung der Technologien zu gewinnen.

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit besteht aus vier verschiedenen Bereichen und zwar die Regionale Zusammenarbeit, die Ostzusammenarbeit, die Globale Zusammenarbeit und die Humanitäre Hilfe, die alle einen unterschiedlichen Auftrag haben. Die DEZA erzeugt, lagert oder verwaltet grundsätzlich keine geografischen Daten, aber sie verwendet manchmal welche im Rahmen ihrer Projekte. Zudem unterstützt sie die Einführung von GIS in bestimmten Ländern oder Regionen, dies vor allem in den Bereichen der Verminderung der Gefahr von Naturkatastrophen und der integrierten Verwaltung der natürlichen Ressourcen. Ausserdem beteiligt sich die DEZA an Initiativen, die darauf abzielen, GIS innerhalb bestimmter Agenturen der Vereinten Nationen einzurichten und engagiert sich in den multilateralen Foren für eine bessere Berücksichtigung der räumlichen Aspekte im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklung und der humanitären Hilfe, wie zum Beispiel das Global Disaster Assessment and Coordination System (GDACS).

Die Politische Direktion verwendet zurzeit wenige andere geografische Daten als jene, die im Internet frei zugänglich zur Verfügung stehen. Da sie im Bereich der bilateralen Beziehungen mit den anderen Staaten, der Beziehungen mit den schweizerischen Vertretungen im Ausland, des Schutzes der Schweizer im Ausland und der Vertretung der Schweiz bei den Vereinten Nationen und bei anderen internationalen Organisationen tätig ist, könnte sie daran interessiert sein, geografische Informationen von besserer Qualität und von grösserer Genauigkeit zu verwenden. Die Politische Abteilung V der PD verfolgt für das EDA das Engagement und die Beteiligung der Schweiz bei internationalen Programmen, wie das europäische «Global Monitoring for Environment and Security» (GMES) und das «Global Earth Observation System of Systems» (GEOSS) der Gruppe für Erdbeobachtung (GEO).

Vor zehn Jahren wurden die Geoinformationen von der DEZA, die damals bestenfalls mit topografischen Karten arbeitete, praktisch nicht verwendet. Seitdem konnte man die rasante Entwicklung von Software zur Bearbeitung von geografischen Informationen sowie eine erhebliche Zunahme des Angebotes an Satellitendaten beobachten. Die Bereiche Humanitäre Hilfe und Zusammenarbeit in der Entwicklung haben jedoch diese neuen Werkzeuge in ihrer täglichen Arbeit nicht integriert. So gibt es auch in der DEZA weder eine Strategie noch ein operatives Konzept in Bezug auf die Verwendung von Geodaten. Zudem hat die, von der DEZA im Laufe der letzten Jahre erlittenen thematischen Konzentration dieser nicht erlaubt die geografische Analyse als getrenntes Thema zu behalten, da diese jetzt als

eine Methode unter Anderen betrachtet wird. Im Bereich Humanitäre Hilfe besteht jedoch ein zweifelloses Interesse an einer schnellen Kartografie auf Basis von Satellitendaten, zum Beispiel nach Naturkatastrophen. Anlässlich der Überschwemmungen, die im August 2002 in der Tschechischen Republik stattgefunden haben, hat die Schweiz die internationale Charta «Weltraum und Grosskatastrophen» aktiviert, aber die lokalen Behörden haben schneller über bessere Daten verfügt. Dies veranschaulicht sehr gut den akuten Bedarf der Humanitären Hilfe der darin besteht, sehr schnell über sehr genaue Daten zu verfügen. Alles in allem, was die Nothilfe betrifft, stellen die GIS sowie auch die Satellitendaten eine ansprechende Option dar, die jedoch zurzeit nicht als vorrangig betrachtet wird.

Der Bereich Verhütung von Naturkatastrophen hat von den erzielten Fortschritten auf dem Gebiet der räumlichen Modellierung sehr profitiert, vor allem seit der kostenlosen Zurverfügungstellung von digitalen Terrainmodellen mit einer Bodenauflösung von 90 ja sogar 30 Metern. Einige Projekte profitieren direkt von diesen Möglichkeiten, wie zum Beispiel das Projekt über die Analyse der Risiken der marginalen Sektoren Tadschikistans. Die verhältnismässig hohen Kosten schränken jedoch deren Verwendung ein.

So macht die DEZA einen eingeschränkten Gebrauch von den durch die GIS und die Satellitenbilder gebotenen Möglichkeiten, dies vor allem aus Mangel an Bewusstsein seitens der Entscheidungsträger in Bezug auf die durch diese Technologien gebotenen Möglichkeiten und somit aus Mangel an zugewiesenen Geldmitteln für deren Verwendung. Bis heute gibt es weder bei der DEZA noch übrigens beim EDA eine zentrale Stelle für die Bearbeitung und die Verbreitung der geografischen Information.

Das GKG ist ein besonders nützlicher Bereich für den Informationsaustausch und die Pflege eines Netzes von Kontakten. Es gibt die Möglichkeit, sich über die laufenden Initiativen auf nationaler Ebene, über die vorliegenden Expertisen in der Schweiz sowohl bei der Bundesverwaltung als auch in den Hochschulen, sowie über die Weiterentwicklung der Techniken auf dem Gebiet des Bezuges, der Bearbeitung und der Verbreitung von geografischen Daten, zu informieren. Dies erlaubt zum Beispiel der DEZA Synergien für die Entwicklung von Projekten im Ausland zu nutzen und somit die schweizerische Expertise vollständig zu integrieren. Das EDA zeigt weiterhin ein grosses Interesse an dieser Austauschplattform, mittels welcher es auch die anderen Departemente über seine Aktivitäten und über die internationale Entwicklung in Verbindung mit der geografischen Information, von der es Kenntnis erlangt, informieren kann.



**Bruno Frey,**  
GIS-Koordinator Post

Das GIS-Kompetenzzentrum der Schweizerischen Post ist in Genf (Centre Postal de Montbrillant) stationiert. Organisatorisch ist das Kompetenzzentrum dem Bereich PostMail unterstellt und besteht aus fünf Mitarbeitern.

Eine wichtige Aufgabe ist die Pflege und der Unterhalt der GeoPost-Koordinaten, welche die Adressangaben sämtlicher postalisch bedienter Gebäude der Schweiz sowie die geografische Referenz jeder Gebäudeadresse in Form von Schweizerischen Landeskoordinaten umfasst. Es erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit diversen Partnern (z. B. ESRI, Mappuls, Novasys, Tydac, AZ Direct, MicroGIS). Zu den wichtigsten Kunden gehören Google, Twixtel, Swisscom, Cablecom, ZKB, Helsana, BAKOM, sowie diverse Kantone und Gemeinden.

Zudem werden die «ZipCodes+Geo», die digitale Postleitzahlenkarte der Schweizerische Post, welche als Flächen- und Punktdatensatz für die vier- und sechsstelligen Postleitzahlen der Schweiz und Liechtenstein aus dem Datensatz GeoPost generiert wird, als Produkt geführt.

#### **Weshalb ist die Post in der GKG vertreten?**

Die Schweizerische Post ist an einer engen Zusammenarbeit mit der Bundesverwaltung interessiert. Vor allem die Umsetzung der Strategie für Geoinformation beim Bund sowie die Harmonisierung der Geobasisdaten sind elementar. Deshalb hat auch die Post die Charta des Programms e-geo.ch zur Förderung der Umsetzung der Nationalen Geodaten-Infrastruktur (NGDI) unterzeichnet.

#### **Die wichtigsten Änderungen in den letzten zehn Jahren**

Der Stellenwert von geografischen Informationen hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Viele wirtschaftspolitische Entscheide werden auf Basis von Geografischen Informationen gefällt. Zudem dienen diese Daten auch vielfach der Visualisierung von vielen, kombinierten Informationen. Auch bei der Post werden Geodaten im Umfeld der Leistungserbringung (PostLogistics, PostAuto, PostMail, Poststellen und Verkauf, Immobilien) eingesetzt.

#### **Resultate**

Dank dem Gremium GKG KOGIS wird der schweizweite Einsatz von Geodaten und die Umsetzung der Strategie von Geoinformationen beim Bund geführt und aktiv gefördert. Vor allem der Aufbau der nationalen Geodateninfrastruktur und die Festlegung von Standards ermöglichen es vielen Unternehmungen, auch ausserhalb des Bundes, Geodaten vermehrt einzusetzen.

#### **Erwartungen**

Es ist weiterhin wichtig, dass GKG KOGIS die Umsetzung der Strategie und den Aufbau der nationalen Geodaten Infrastruktur weiter aktiv vorantreibt. Es braucht ein solches Gremium, um die gesetzten Ziele umzusetzen.

#### **Schlussfolgerungen**

Das Gremium GKG KOGIS hat in den letzten zehn Jahren viel bewegt. Es braucht weiterhin ein aktives Gremium, welches die nötigen Aktivitäten führt. Es ist sehr wichtig, dass auch ein bundesnaher Betrieb wie die Post weiterhin in diesem Gremium vertreten ist.



**ZipCodes+Geo**, digitale Postleitzahlenkarte der Schweizerischen Post

**Die Schweizerische Post ist an einer engen Zusammenarbeit mit der Bundesverwaltung interessiert. Vor allem die Umsetzung der Strategie für Geoinformation beim Bund sowie die Harmonisierung der Geobasisdaten sind elementar.**



Urs Gerber,  
swisstopo

## Vor 2000 gab es keine Geoinformationsstrategie für den Bund.

### Kurzbeschreibung DDPS/swisstopo

swisstopo ist das Kompetenzzentrum der Schweizerischen Eidgenossenschaft für räumliche Referenzdaten und daraus abgeleitete Produkte.

Das Bundesamt für Landestopografie (swisstopo) in Wabern bei Bern, ist ein moderner Produktionsbetrieb mit gegen 290 Angestellten. swisstopo erstellt, unterhält und erneuert die geodätischen, topografischen und geologischen Grundlagen der Schweiz.

Die amtliche Vermessung, eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen, wird durch die Eidgenössische Vermessungsdirektion geleitet – einen Bereich von swisstopo. Ebenfalls swisstopo angegliedert ist die Landesgeologie.

Als Kompetenzzentrum der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist swisstopo am Aufbau der Bundesgeodaten-Infrastruktur (BGDI) als Teil der Nationalen Geodaten-Infrastruktur (NGDI) beteiligt.

Seit einigen Jahren konzentriert sich swisstopo auch vermehrt darauf, die Bereitstellung von Daten und Grundlagen für ein Monitoring über die räumliche Entwicklung in der Schweiz bereitzustellen.

swisstopo wurde 1838 gegründet. Heute ist swisstopo Teil der Gruppe armasuisse im Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS).

### Warum ist VBS/swisstopo Mitglied in der GKG?

Am 25. Februar 1998 beauftragte der Bundesrat das VBS im Zusammenhang mit den betroffenen Departementen, den Betrieb einer weisungsbefugten und kundenorientierten Koordinationsstelle Grundlagendaten GIS (Geografische Informationssysteme) sicherzustellen und dazu eine interdepartementale Koordinationsgruppe einzusetzen. Im Januar 2000 wurde zu diesem Zweck eine neue Geschäftsstelle KOGIS der swisstopo angegliedert.

swisstopo hatte von Anfang an den Vorsitz der GKG. Es passt zur Vision und Strategie von swisstopo, dass sie diese führende Rolle in der GKG einnehmen kann. Damit hat swisstopo die Legitimation, aus ihrem Tagesgeschäft heraus zusammen mit den anderen Departementen und Fachämtern die Anliegen und die Nutzung von Geoinformation zu fördern.

swisstopo hat aber neben diesem «Vorteil» auch seine Verantwortung wahrgenommen und in den ersten zehn Jahren den Fokus auf «geben statt nehmen» gelegt. swisstopo investierte in dieser Phase namhafte finanzielle Mittel, damit die neue Organisation entstehen, früh erste konkrete Ergebnisse erarbeiten und präsentieren konnte.

### Hauptsächliche Veränderungen in den zehn Jahren und erreichte Resultate

Die Resultate, welche unter der Führung der GKG erarbeitet wurden, zeigen gleichzeitig die hauptsächlichsten Veränderungen in den zehn Jahren auf.

Vor 2000 gab es keine Geoinformationsstrategie für den Bund. Diese wurde 2001 vom Bundesrat verabschiedet. 2003 wurde die Strategie in einem Umsetzungskonzept, welches ebenfalls durch den Bundesrat beschlossen wurde, konkretisiert.

Bis 2008 gab es keine Geoinformationsgesetzgebung des Bundes. Durch die GKG-Vorarbeiten waren mit der Strategie und dem Umsetzungskonzept gute Voraussetzungen geschaffen worden, damit eine moderne Geoinformationsgesetzgebung in rekordverdächtiger Zeit erarbeitet und in Kraft gesetzt werden konnte. Damit wurden auch die (rechtlichen) Voraussetzungen geschaffen, um eine Nationale Geodaten-Infrastruktur aufzubauen. Mit der Realisierung der Bundesgeodaten-Infrastruktur (BGDI) leistet die GKG einen wesentlichen Beitrag dazu.

Organisatorisch war KOGIS nach der Gründung als interdepartementale Koordinationsgruppe vorerst swisstopo nur administrativ zugewiesen. Heute ist KOGIS ein eigenständiger, vollständig in swisstopo integrierter Bereich. Allerdings haben beide Organisationsformen immer wieder zu Unsicherheiten geführt. Welche Arbeiten von KOGIS dienen der GKG und welche Aktivitäten sind swisstopo zuzuweisen? Insbesondere stand die Priorisierung und Finanzierung der anstehenden Aufgaben im Fokus. Mit dem neuen Geschäftsreglement des Koordinationsorgans für Geoinformation vom 29. Oktober 2008 konnte diese Unsicherheit weitgehend geklärt werden.

Und schliesslich wurde die Zusammenarbeit der Departemente bzw. der Bundesstellen, welche sich mit Geoinformation beschäftigen, auf eine tragfähige Basis gestellt. Mit der GKG hat der Bund eine gemeinsame, funktionierende Beratungs-, Entscheid- und Realisierungsplattform für alle Belange der Geoinformation geschaffen. Im Rahmen des Programms e-geo.ch sind die GKG und die Geschäftsstelle KOGIS Initianten und kompetente Partner in der Zusammenarbeit mit den Kantonen beim Aufbau der Nationalen Geodaten-Infrastruktur.

Heute stechen vor allem die bereits realisierten Bestandteile der BGDI hervor. Die zahlreichen thematischen Bundesgeoportale, welche eine einheitliche Benutzerführung und -bedienung aufweisen und treten im Erscheinungsbild klar erkennbar auf. Mit der Inbetriebnahme des Geoportals des Bundes geo.admin.ch, der öffentlich zugänglichen Plattform für Geoinformationen, -daten und -dienste, wurde ein bereits früh geäussertes Bedürfnis zeitgemäss gelöst: der zentrale Einstiegspunkt in die BGDI, über welchen Geodaten gefunden und bezogen, zahlreiche

Geodienste genutzt und die angesprochenen thematischen Fachportale übersichtlich erreichbar sind. Zusätzlich können die Bundesstellen ein weit reichendes Beratungs- und Koordinationsangebot bei der Umsetzung der Strategie für Geoinformation gemeinsam nutzen!

#### Erwartungen

Die Erwartungen von swisstopo an die GKG sind hoch. Die GKG soll ihre bisherige Rolle weiterführen und sogar noch präsenter werden. Beim Aufbau der BGD1 nimmt die GKG die führende Rolle ein. Die GKG garantiert eine breit abgestützte, gemeinsam aufgebaute und betriebene BGD1. Die GKG stärkt ihre Funktion als kompetentes Beratungs- und Entscheidungsgremium für die Geoinformationsfachämter des Bundes.

National positioniert sich die GKG als wichtiger Partner und Vertreter des Bundes beim Aufbau der NGDI an der Seite der Kantone, Gemeinden und Fachorganisationen zu Gunsten der Nutzerinnen und Nutzer von Geoinformation. Damit soll der Volkswirtschaftliche Nutzen von Geoinformation gefördert werden. Die GKG bringt die Anforderungen und Bedürfnisse des Bundes ein.

## Im Rückblick betrachtet war es nach der Pionierphase der Geoinformation eigentlich «überfällig», eine Koordinationsstelle für Geoinformation zu schaffen.

Die GKG repräsentiert das gesammelte Know-how der Bundesstellen in Geoinformation.

#### Schlussfolgerungen

Im Rückblick betrachtet war es nach der Pionierphase der Geoinformation eigentlich «überfällig», eine Koordinationsstelle für Geoinformation zu schaffen. Die Departemente und Bundesämter haben die Chance, welche sich aus dem Bundesratsbeschluss von 1998 ergab, genutzt. Die GKG hat ihre Identität gefunden und ist heute das Gremium für Fragen der Geoinformation beim Bund und auf nationaler Ebene als Partner der Kantone.

Die realisierten technischen Vorhaben unterstützen die Aufgaben der einzelnen Bundesämter bestens und werden als solche sehr geschätzt.

## 10 JAHRE GKG

### Schweizerische Bundesbahnen SBB



**Dominic Moser,**  
Leiter GIS-Fachstelle SBB

SBB – Die grösste Reise- und Transportfirma der Schweiz. Der SBB Konzern ist aufgeteilt in die vier Divisionen Personenverkehr, Güterverkehr (SBB Cargo), Infrastruktur und Immobilien. Die GIS-Fachstelle innerhalb der Division Infrastruktur koordiniert alle Aktivitäten die mit Geoinformationen zu tun haben. Die SBB betreibt mit dem System DfA (Datenbank feste Anlagen) eines der grössten Geoinformationssysteme der Schweiz. Zudem erzeugen wir mit dem System Trafimage Karten für den gesamtschweizerischen öffentlichen Verkehr.

Die SBB ist Gast innerhalb der GKG und hat grosses Interesse an der Harmonisierung der Geobasisdaten des Bundesrechts und Vereinfachung der organisatorischen, rechtlichen, tarifären und technischen Voraussetzungen des Geobasisdatenvertriebs. Der SBB-Vertreter bringt Erfahrungen als Grosskunde von Geobasisdaten mit in die GKG.

Die SBB arbeitet seit über 15 Jahren konsequent mit GIS. Im Laufe der Zeit wurde das ganze SBB-Netz digitalisiert und auch immer mehr Geobasisdaten integriert. Neben der Amtlichen Vermessung sind auch Landeskarten, Orthophotos, Umweltdaten und digitales Terrainmodell von Interesse. Auch wurden immer mehr Projek-

tierungen direkt in der Datenbank vorgenommen. Dies auch deswegen da verschiedenste Schnittstellen zu Überwachungssystemen und Bahnbetriebsnahen Systemen entwickelt wurden. Viel Energie wird dafür verwendet die Vollständigkeit, Qualität und Aktualität der Geodaten hoch zu halten.

Die SBB erwartet von allen bundesweiten Dienstleistungserbringern eine schnelle und konsequente Umsetzung der Vereinfachung der organisatorischen, rechtlichen, tarifären und technischen Voraussetzungen des Geobasisdatenvertriebs. Unser Wunsch ist sogar ein freier Zugang zu den Geobasisdaten.

Die SBB dankt der GKG für die bisherige Zusammenarbeit.

**Unser Wunsch ist sogar ein freier Zugang zu den Geobasisdaten.**



**Rolf Giezendanner,**  
Leiter GIS-Fachstelle,  
Eidgenössisches  
Departement für Umwelt,  
Verkehr, Energie und  
Kommunikation UVEK,  
Bundesamt für  
Raumentwicklung ARE

Im Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK nehmen Geodaten und Geografische Informationssysteme einen wichtigen Stellenwert ein. Das Bundesamt für Raumentwicklung ARE besetzt seit der Gründung der GKG einen der drei UVEK-Sitze. Die Vertretung wird jeweils durch den Leiter der GIS-Fachstelle ARE wahrgenommen.

#### GIS-Koordination UVEK

Innerhalb des Departements übernimmt das ARE in verschiedenen Bereichen Koordinationsaufgaben. Schon seit zehn Jahren existiert unter der Leitung des ARE eine informelle GIS-Info-gruppe UVEK, die dem Informationsaustausch unter den GIS-Verantwortlichen des UVEK diene. Im Rahmen der Umsetzung der GIS-Strategie UVEK wurde ein Organisationsreglement erlassen und die Infogruppe zur GIS-Koordination UVEK aufgewertet. Seit Anfangs 2010 finden die Sitzungen der GIS-Koordination UVEK in einem formelleren Rahmen statt. Die GIS-Koordination hat die Aufgabe, die GIS-Belange innerhalb des UVEK zu koordinieren und Stellungnahmen zuhanden der GKG abzugeben.

#### Vielfältige Geodaten in der Raumentwicklung

Als Folge der breit gefächerten Tätigkeiten in der Raumentwicklung nehmen Geoinformationen im ARE eine zentrale Rolle ein. Die GIS-Fachstelle pflegt über 500 Geodatensätze und bietet den Sektionen und Mitarbeitenden des ARE Unterstützung bei der Datenbeschaffung, bei Geoanalysen und bei der Erstellung von Karten an. Daneben betreut die Fachstelle die GIS-Anwendungen vom Expertensystem bis zu Web-GIS-Anwendungen.

Von den zahlreichen Aktivitäten des ARE im Zusammenhang mit Geodaten sollen hier zwei Projekte kurz vorgestellt werden.

#### Bauzonenstatistik Schweiz 2007

Die amtliche Bauzonenstatistik, die im Jahr 2007 erstmals publiziert wurde, gibt Auskunft über die Grösse und Lage der Bauzonen in der Schweiz. Die Grundnutzungen der Bauzonen wurden nach 11 Nutzungsarten differenziert. Als Grundlage für

die Statistik dienen die bei den kantonalen Fachstellen für Raumplanung verfügbaren Geodaten zur Nutzungsplanung der Gemeinden.

Die Statistik zeigt, dass in der Schweiz ca. 227 000 ha Bauzonen bestehen. Davon sind je nach Berechnungsart zwischen 17 und 24 Prozent noch nicht überbaut. Bei gleich bleibender Einwohnerdichte bieten die nicht überbauten Bauzonen Platz für rund 1.4 bis 2.1 Millionen zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner. Die detaillierten Ergebnisse der Bauzonenstatistik und verschiedene Analysen sind unter [www.are.admin.ch](http://www.are.admin.ch) abrufbar.

#### Erschliessung und Erreichbarkeit in der Schweiz

Die Verkehrserschliessung ist für die Raumentwicklung in der Schweiz eine zentrale Grösse. Im ARE werden verschiedene Indikatoren für die Erschliessung und die Erreichbarkeit berechnet. Die Grundlagen dazu liefert die Verkehrsmodellierung des Bundes (VM-UVEK), die beim ARE angesiedelt ist. Mit dem Verkehrsmodell können unter anderem die Reisezeiten zwischen den schweizerischen Gemeinden für den motorisierten Individualverkehr und den öffentlichen Verkehr berechnet und verglichen werden.

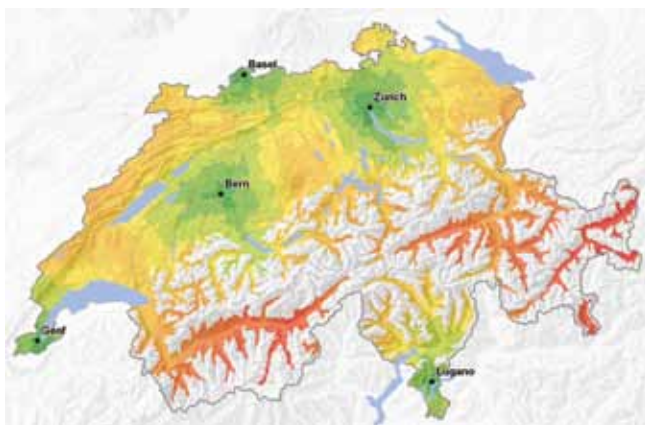
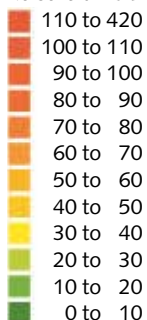
Die folgenden Abbildungen zeigen, dass das Erreichbarkeitsniveau in der Schweiz allgemein hoch ist, dass aber nach wie vor beträchtliche Unterschiede zwischen dem MIV und dem öv bestehen.

#### Umsetzung des Geoinformationsgesetzes (GeolG)

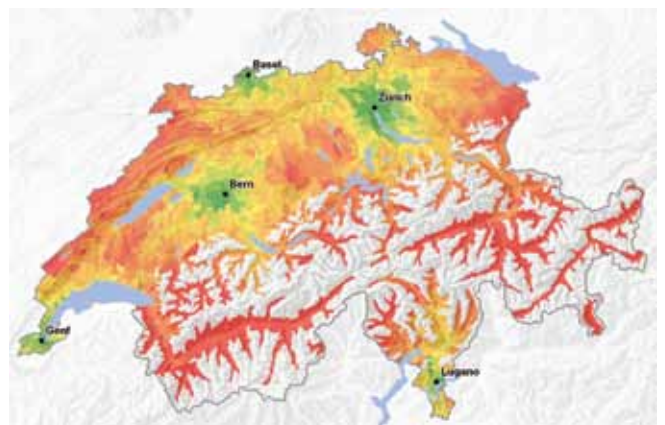
Die Umsetzung des Geoinformationsgesetzes hat weitreichende Auswirkungen auf die Bundesstellen. Das ARE ist als zuständige Fachstelle für neun Geobasisdatensätze verantwortlich und wird in den nächsten Jahren die minimalen Geodatenmodelle und Darstellungsmodelle erstellen.

Die Arbeiten am minimalen Geodatenmodell für die Nutzungsplanung sind in vollem Gange. Die Nutzungspläne der Gemeinden bilden einen wichtigen Bestandteil des Katasters der öffentlichen rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB),

#### Reisezeit in Minuten



Reisezeit 2005 mit dem motorisierten Individualverkehr zu einer der fünf Kernstädte Zürich, Genf, Basel, Bern, Lugano



Reisezeit 2005 mit dem öffentlichen Verkehr zu einer der fünf Kernstädte Zürich, Genf, Basel, Bern, Lugano

was besondere Ansprüche an das Datenmodell stellt. Die Fachinformationsgemeinschaft für die Nutzungsplanung ist entsprechend gross, das Projektteam ist breit abgestützt und umfasst Vertreter von Bund und Kantonen sowie Experten aus verschiedenen Bereichen. Über den Stand der Arbeiten wird auf den Internet-Seiten des ARE unter [www.aren.admin.ch/mgm](http://www.aren.admin.ch/mgm) informiert.

#### Neue Herausforderungen für die GKG

Mit der Umsetzung des GeoIG stellen sich für die GKG neue Herausforderungen. Mit dem Bundes-Geodatenportal [geo.admin.ch](http://geo.admin.ch) wurden erste Standards für ein benutzerfreundliches und leistungsfähiges Geoportal gesetzt. Das Portal soll der Allgemeinheit ebenso einen Nutzen bringen wie den Geoinformations-Spezialistinnen und -Spezialisten, was nicht einfach zu bewerkstelligen ist.

Die GKG wird mit der strategischen Planung der Weiterentwicklung der Bundes-Geodaten-Infrastruktur (BGDI) vermehrt gefordert sein. So muss das Zusammenspiel von [geo.admin.ch](http://geo.admin.ch) und den verschiedenen Fachportalen der Departemente und Bundesämter geklärt werden. Es stellt sich die Frage, ob neben dem einfachen Kartenviewer von [geo.admin.ch](http://geo.admin.ch) im Rahmen der

BGDI auch ein Experten-Web-GIS mit zusätzlichen Funktionalitäten angeboten werden kann. Ebenso müssen die einheitliche Erfassung der Metadaten und die Verwirklichung und Ausgestaltung der vom Gesetz vorgeschriebenen Geodienste bundesweit geplant und koordiniert sein.

Im Rahmen des Programms e-geo.ch wird der Aufbau der Nationalen Geodaten-Infrastruktur (NGDI) in der GKG ein Thema sein. Verschiedene Bundesämter verfügen über reiche Erfahrung in der Zusammenarbeit mit den Kantonen, die mit der IKGEO nun ihrerseits die erforderlichen Strukturen geschaffen haben. Diese Erfahrungen gilt es zu nutzen und in das gemeinsame Projekt einzubringen. All diese Aktivitäten müssen sich auf das Ziel der NGDI ausrichten, den Benutzenden einen zentralen Zugang zu den Geodaten auf der Ebene des Bundes, der Kantone sowie der Städte und Gemeinden zu ermöglichen.

Persönlich habe ich die GKG als zielorientiertes Gremium erlebt, das mit hoher Fachkompetenz die nicht immer einfache Aufgabe der Koordination der Aktivitäten auf Bundesebene wahrnimmt. Ich freue mich, auch in Zukunft an dieser Herausforderung mitzuarbeiten.

**Mit der Umsetzung des GeoIG stellen sich für die GKG neue Herausforderungen.**

## 10 JAHRE GKG

# Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft WSL



Martin Hägeli,  
Leiter GIS

Die Aufforderung von René Sonney, dem Leiter des Kompetenzzentrums e-geo.ch liegt vor mir:

*«10 ans du GKG – article pour la newsletter e-geo.ch. 4000 à 8000 frappes, espaces compris. Date de livraison: xxx 12.00 heures. Plan de l'article, etc...»*  
– Paff!

Eine teuflische Stimme in mir sagt: «Das hast du nun davon, dass du ja gesagt hast vor zehn Jahren, bei der Anfrage der GKG an die Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft WSL». Typische Spätfolge! Sofort gehen mir ein paar, teilweise hier nicht zitierbare Gedanken den Kopf. Von den harmloseren seien hier erwähnt: Wie langweile ich Sie nicht mit einem so trockenen Thema, werde Leserinnen und Leser? Bin ich schon so alt, dass ich einen Artikel über zehn Jahre GKG schreiben soll? Wie Memoiren? zehn Jahre? Mit dem Bewusstwerden dieser Zahl kommen sogleich weitere Fragen: Was hat sich in dieser Zeit geändert? Warum hat es so viele Jahre gedauert, bis wir beginnen, die Früchte einer Strategie zu ernten, welche schon vor Jahren in der GKG erarbeitet und verabschiedet wurde? Haben

wir etwas Positives bewirkt? Was konnte ich beitragen? Wo ist der Profit für die Bevölkerung? Worin haben die Forschungs- und Hochschulinstitutionen profitiert?

Prägend für das Wirken eines Mitglieds in einer Kommission ist gewiss das tägliche Arbeitsumfeld, auch wenn man dies nur ungern eingesteht. Die WSL befasst sich mit der Nutzung und dem Schutz von Landschaften und Lebensräumen. Sie ist Teil des ETH-Bereichs und nimmt als Forschungsanstalt eine wichtige Brückenfunktion zwischen Wissenschaft und Umsetzung («Praxis») wahr. Ziel der WSL ist die Erforschung von Landschaften und Wäldern, um eine hohe Lebensqualität sowie einen verantwortungsvollen Umgang mit Naturgefahren, wie sie in Gebirgsländern auftreten zu erreichen. Die Forschenden der WSL müssen sich in einem internationalen Umfeld bewähren und liefern Grundlagen für eine nachhaltige Umweltpolitik in der Schweiz. Geodaten sind wichtige Bausteine für das Kerngeschäft der WSL, die Umweltforschung. Sie sind quasi Ausgangsmaterial, Zwischen- und Endprodukte einer langen Produktionskette, welche zum Zweck hat, das Wissen über unsere Umwelt zu mehren und an die Studierenden und die Praxis, respektive die Bevölkerung weiterzugeben.

## Eine Tempoverschärfung bei der Umsetzung der Geoinformationsstrategie des Bundes in diesem Kontext scheint mir angebracht.

Alle Mitarbeitenden, Doktorierenden und Diplomierenden können an der wsl seit über zwanzig Jahren eine umfangreiche Geodatenbibliothek und Werkzeuge eines GIS für ihre Arbeiten einsetzen. Mussten vor zwanzig Jahren noch die meisten grundlegenden Geodaten zuerst digitalisiert werden, so stehen wir heute eher vor der Frage, wie wir die vorhandenen Geodaten effizient austauschen, aktuell halten, nachhaltig sichern und dokumentieren können. Die Grösse der Geodatenbank ist in den letzten zwanzigen Jahren von dreistelligen Megabytes zu zweistelligen Terabytes gewachsen. Konnte man vor zwanzig Jahren als GIS-Spezialist die Chefs und Politiker mit farbigen Karten und 3D-Grafiken zum Staunen bringen, muss man sich heutzutage im Zeitalter der Navigationsgeräte, Smartphones und Kartenanwendungen im Internet schon etwas mehr einfallen lassen, um Finanzen für ein Projekt loszueisen. Mittlerweile bringen die meisten hoffnungsvollen Jungtalente gute Kenntnisse über die Verwendung von Geografischen Informationssystemen aus ihrer Zeit an den Universitäten mit. Der offene und unbürokratische Zugang zum GIS innerhalb der wsl und das verbreitete Basiswissen im Umgang mit solchen Werkzeugen haben den Vorteil, dass sich die Forschenden auf inhaltliche und naturwissenschaftliche Fragen konzentrieren können und nicht episch über das Werkzeug debattieren müssen. Die Teilnahme unserer Forschenden an internationalen Programmen bedingt einen Austausch der Geodaten über die Landesgrenzen hinaus und macht es notwendig, dass sie von überall her sicher auf die Datengrundlagen zugreifen können müssen. Damit werden internationale Standards und Normen versus schweizerische Alleingänge oder proprietäre Formate automatisch zum Thema.

Aus diesem Erfahrungshintergrund als Geodatenkunde, Geodatenproduzent und GIS-Betreiber, einer im internationalen Umfeld tätigen Institution, konnten wir in der GKG vielleicht einige Mosaiksteinchen beitragen für die Geoinformationsstrategie des Bundes und bei der Erarbeitung des Geoinformationsgesetzes. Die Möglichkeit, die Strategie des Bundes im Bereich der Geoinformationen mitzugestalten, mitzuwirken bei der Ausgestaltung der Bundes Geodateninfrastruktur, über die Preispolitik in Arbeitsgruppen zu debattieren, Lösungen zu finden, Konsens zu erreichen, mag ein entscheidender Grund gewesen sein, dass die wsl zugesagt hat, ein Mitglied in die GKG zu delegieren. Selbstverständlich ist es uns ein Anliegen, dass die Forschungsinstitutionen

und die Schulen, von der Primarschule bis zur Universität, von günstigen Bedingungen beim Bezug und der Verwendung von Geoinformationen des Bundes profitieren können. Mit dem Geoinformationsgesetz kommen wir diesem Ziel näher. Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass es etwas bescheiden ist, wenn man nach so vielen Jahren einem Ziel erst näher gekommen ist und nicht viel mehr erreicht hat. Allerdings hat ein konsensorientierter Prozess seinen Preis, in Form von Zeit- und Mittelbedarf. Mit der KOGIS und der GKG wurde eine Plattform innerhalb des Bundes geschaffen, in der sich Fachleute aller Departemente des Bundes treffen, debattieren und überzeugen, Konsens finden sowie Aktivitäten auf Stufe Bund strategisch steuern und koordinieren können.

Auf den ersten Blick könnte ich mich zurücklehnen, mir auf die Schultern klopfen, Zufriedenheit demonstrieren, mit der Begründung, dass für die Forschung und Lehre die kostengünstige Zugänglichkeit zu Geodaten auf Bundesebene erreicht worden ist. Ich bin jedoch der Meinung, dass wir die Geodatenstrategie des Bundes bei weitem noch nicht umgesetzt haben. Die nationale Geodateninfrastruktur ist noch nicht aufgebaut, fachliche Kompetenzzentren innerhalb des Bundes sind noch zu wenig sichtbar, geo.admin.ch, ein Portal zur Bundes Geodateninfrastruktur BGD, ist noch ein junges und zartes Pflänzchen, welches sich noch bewähren muss. Der kostenlose Austausch von Geodaten unter Behörden des Bundes, der Kantone, Gemeinden, öffentlich-rechtlichen Institutionen, etc. ist noch nicht realisiert und viele weitere Probleme wie zum Beispiel die langfristige Archivierung von Geodaten sind bei weitem noch nicht gelöst. Internationale Grossfirmen, aber auch schweizerische KMUS entdecken die Geoinformation immer mehr für ihre Geschäftsmodelle und sorgen für einen sportlichen Ideenwettbewerb. Dies ist gut so und eine Motivation für die Bundesstellen, Massstäbe zu setzen für eine hohe Qualität und Aktualität sowie für eine hervorragende Verfügbarkeit der Geoinformationsangebote. Der Markt wird entscheiden, ob die staatlichen Daten de facto und nicht nur de jure eine Referenz sein werden oder nicht. Eine Tempoverschärfung bei der Umsetzung der Geoinformationsstrategie des Bundes in diesem Kontext scheint mir angebracht.



Rainer Humbel,  
Bundesamt für Statistik

Manche Zahlen der Statistik sind für sich allein schon aussagekräftig, andere hingegen zeigen ihren Gehalt erst in Kombination mit anderen Daten. Besonders interessante Erkenntnisse in unserem vielgestaltigen Land verspricht die Kombination von statistischen Angaben mit der Raumstruktur. Aus diesem Grund hat das BFS bereits 1976 die damalige landesplanerische Datenbank der ETHZ übernommen und damit einen wegweisenden Einstieg in eine professionelle, regelmässig aktualisierte Bereitstellung und Nutzung von Geodaten gewagt.

Mit der Geokodierung der Volkszählung 1970 und der nach dem Dominanzprinzip für jede Hektare unseres Landes auf Kartengrundlage erfassten Arealstatistik 1972 gelangen dem BFS zwei Pionierleistungen, welche durch die Geokodierungen der nachfolgenden Volkszählungen (ab 1990 flächendeckend für die ganze Schweiz) und der Betriebszählungen ab 1995 komplettiert wurden. Durch den Aufbau des Dienstes GEOSTAT ab 1987 erfolgte der Einsatz eines geografischen Informationssystems, welches seither für zahlreiche Auswertungen, Analysen und Visualisierungen zur Unterstützung von Projekten und Vorhaben im eigenen Amt zum Einsatz gelangte, aber auch generell zum Nutzen in der Bundesverwaltung, in Planung, Forschung und Wissenschaft wichtige Informationsbedürfnisse erfüllen konnte.

#### Kurzportrait BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) gehört zum Eidgenössischen Departement des Innern (EDI). Es zählt rund 460 Stellen, in die sich etwa 550 ständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilen. Der Hauptauftrag des BFS besteht laut Bundesstatistikgesetz von 1992 darin, «die notwendigen statistischen Daten über den Zustand und die Entwicklung von Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung, Forschung, Raum und Umwelt in der Schweiz» zu erheben. Wichtige neue Punkte dieses Gesetzes sind die Koordinationsfunktion des BFS als zentraler Statistikstelle im Bund, die Erstellung eines statistischen Mehrjahresprogramms zur Gesamtplanung der Schweizer Statistik sowie die Einsetzung der Kommission für die Bundesstatistik als Beratungsorgan des Bundesrates.

Die öffentliche Statistik ist die von Amtsstellen wie Bund, Kantonen und Gemeinden erarbeitete statistische Information. Sie liefert Informationen für die Dauerbeobachtung wichtiger Lebensbereiche und ist in der Informationsgesellschaft präsent. Sie ist Orientierungshilfe, Instrument für Planung und Entscheidung sowie Grundlage für Prognosen. Sie dient der allgemeinen Öffentlich-

**Durch seine Rolle als einer der wichtigsten Produzenten von Geobasisdaten des Bundes war das BFS bereits seit den 1980er Jahren in vielen Informations- und Koordinationsgremien des Bundes vertreten und nahm dabei oft eine führende Rolle wahr.**

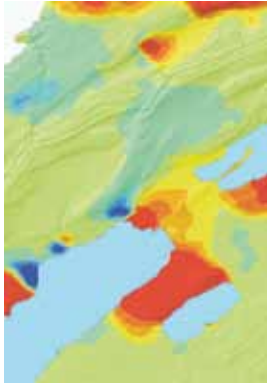
keit ebenso wie Spezialisten. Sie hilft, die sich ständig wandelnde Welt besser zu kennen. Auf der Grundlage ihrer Ergebnisse wird kommuniziert und debattiert, und sie ist Teil des kollektiven Gedächtnisses unseres Landes. Dies umfasst insbesondere und vermehrt auch die benutzerorientierte Aufbereitung und die Beratung zur effizienten Nutzung der Information.

#### BFS-Mitgliedschaft in der GKG

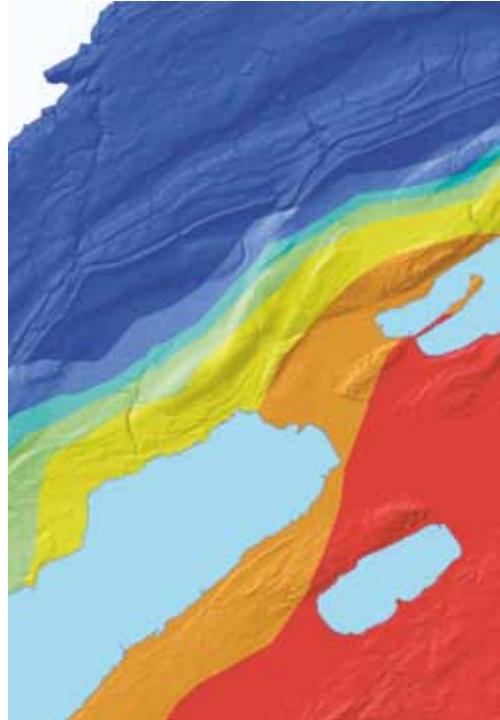
Durch seine Rolle als einer der wichtigsten Produzenten von Geobasisdaten des Bundes war das BFS bereits seit den 1980er Jahren in vielen Informations- und Koordinationsgremien des Bundes vertreten und nahm dabei oft eine führende Rolle sowie faktisch die Vertretung des EDI wahr, da Geodaten und GIS damals in keinen anderen Amtsstellen dieses Departments eingesetzt wurden. Zu diesen Gremien zählen namentlich auch die Vorgängergruppen der heutigen GKG, die ursprünglich im Rahmen von Aufträgen zur Überprüfung einer Optimierung der Verwaltungsorganisation des Bundes entstanden sind. In der Folge dieser langjährigen Erfahrung wurde dem BFS ab 2000 auch die Vertretung des Dept. des Inneren (ohne ETH-Bereich und Forschungsanstalten) in der heutigen GKG übertragen. Durch diese Mitarbeit kann das BFS auch optimal seine Geodaten in Bezug auf die Bedürfnisse der gesamten Bundesverwaltung aufarbeiten und aktiv zur Harmonisierung im Bereich der Nutzung von Normen und Standards, Konzepten, Definitionen und Nomenklaturen, im Bereich der Modellierung und Beschreibung der Geodaten sowie in Bezug auf Nutzungsbedingungen und Gebühren beitragen. Andererseits ist es auch für die GKG und die Nutzer von Geodaten auf allen Ebenen wichtig, dass in den Diskussionen und Debatten um die Geoinformationsgesetzgebung und um deren Umsetzung nicht nur die zahlreichen Vertreter der «Geometrie» der Geodaten zum Ausdruck kommen, sondern auch die Besonderheiten und die Bedeutung der «Attribute» (d.h. eben des statistischen Inhalts) der Geodaten wahrgenommen und angemessen berücksichtigt werden.

#### Entwicklungen der letzten Jahre

Das vergangene Jahrzehnt war, bezogen auf Geodaten und GIS, im BFS in erster Linie durch eine Reihe von Aufgabenverzichtsplänen geprägt, wodurch das BFS gezwungen war, die Servicestelle GEOSTAT auf Ende 2006 zu schließen. Dadurch erfolgte eine immer stärkere Gewichtung der Infrastrukturaufgabe und der



Erreichbarkeit Fitnesszentren



Auflösungsgrad Wald

## Die Kontakte und Verbindungen der GKG erwiesen sich in diesem Kontext als hilfreich.

Die Kontakte und Verbindungen der GKG erwiesen sich in diesem Kontext als hilfreich und ermöglichten, in Absprache mit wichtigen Partnerämtern neue Lösungen in der Diffusion von Geodaten und neue Partnerschaften zur Entwicklung moderner technologischer Mittel zur wenigstens teilweisen Kompensation des früheren, individualisierten Angebots von Dienstleistungen und Daten zu finden.

### Erwartungen und Schlussfolgerungen

Das BFS setzt sich dafür ein, dass die Umsetzung der verschiedenen Anforderungen des Geo-informationsgesetzes von 2008 zu einer verstärkten Koordination unter den Geodatenproduzenten und damit zu einer echten Harmonisierung der Geodaten des Bundes führt. Dadurch versprechen wir uns eine verbesserte und vereinfachte Zugänglichkeit zu den Informationen und eine wesentliche erleichterte Kombinierbarkeit der einzelnen Daten. Schliesslich soll die GKG und die Organisation der Geschäftsstelle KOGIS auch eine wichtige Plattform zur Bündelung der Bedürfnisse, Kräfte und Finanzen der Bundesverwaltung bilden. Auf dieser Grundlage werden sich Anwendungen, Geodienste und Angebote realisieren lassen, deren Umfang und Kosten die Möglichkeiten der meisten einzelnen Fachämter, welche jeweils in erster Linie auf ihr Fachthema und weniger auf die Geoinformation spezialisiert sind, übersteigen würden. Das seit einigen Monaten realisierte Geoportal Bund vermittelt einen ersten Eindruck solcher Anwendungen und demonstriert das Potenzial solcher Angebote für die Öffentlichkeit und die an Geoinformation interessierten Kreise exemplarisch.

Fachtechnik, wogegen Diffusion und GIS-Analyse an Bedeutung verloren. Heute kümmert sich GEOSTAT vor allem um die

- Systembetreuung für Server, Datenbanken und Software, die mit GIS im Zusammenhang stehen und für die raumbezogene Informationsverarbeitung notwendig sind. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung, um die Durchführung der Arealstatistik, Geokodierungen von Gebäuden sowie räumliche Auswertungen und Analysen überhaupt erst zur ermöglichen.
- Aufbereitung der durch das BFS periodisch produzierten Geodaten (vor allem der Arealstatistik, der Volks- und Betriebszählungen) in Formate und Strukturen, welche mit geographischen Informationssystemen weiterverwendet und verarbeitet werden können.
- Betreuung, Nachführung, datenschutzkonforme Aufbereitung, Dokumentation der Geodaten des BFS sowie der für die amtsinternen GIS-Applikationen und GIS-Benutzer erforderlichen Geobasisdaten anderer Produzenten.
- Definition einer beschränkten Anzahl standardisierter «Artikel», welche als alleiniges Datenangebot des BFS im Bereich der Geoinformation weiterbestehen, standardisiert beschrieben und mit minimalem Aufwand vertrieben werden.
- Aufbereitung von Geodaten für thematische Kartografie und die Visualisierung im Internet. Dazu gehört die jährliche Nachführung generalisierter Gemeindegrenzen, welche für eine kartografische Visualisierung und Analyse vieler statistischer Daten unabdingbar sind.



**Christoph Käser,**  
**Bundesamt für Strassen ASTRA,**  
**Bereichsleiter Strategische Informatik**  
**und Gesamtprojektleiter MISTRA**

Seit seiner Gründung 1998 ist das Bundesamt für Strassen (ASTRA) die Schweizer Fachbehörde für die Strasseninfrastruktur und den individuellen Strassenverkehr. Das ASTRA wirkt für eine nachhaltige und sichere Mobilität auf der Strasse.

Eine Hauptaufgabe ist die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Nationalstrassen- und Hauptstrassennetzes. Dies sind die wichtigsten Elemente:

- für das gesamte Strassennetz
- Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Netzstruktur
- Sicherstellung der Verfügbarkeit des Nationalstrassen- und Hauptstrassennetzes
- Verbesserung der Strassenverkehrssicherheit
- Aktualisierung der Strassenverkehrsgesetzgebung
- Führen des gesamtschweizerischen Datensystems zu Strasse und Strassenverkehr
- Förderung des Langsamverkehrs für die Nationalstrassen
- Fertigstellung des beschlossenen Nationalstrassennetzes
- Laufende Analyse der Schwachstellen des in Betrieb stehenden Nationalstrassennetzes
- Ausarbeitung von Grundlagen für ein effizientes Verkehrsmanagement
- Gewährleistung eines anforderungsgerechten betrieblichen Unterhalts
- Entwicklung und Realisierung der Bauprojekte unter dem Primat der Nachhaltigkeit

#### Hintergründe für die Teilnahme an der GKG

Das ASTRA ist einer von drei Vertretern für das Departement Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK. Das UVEK ist einer der grössten Geodatenproduzenten und Geodatennutzern des Bundes. Es stimmt seine Bedürfnisse in der GIS-Koordination UVEK departementsintern ab und vertritt diese in der GKG.

Das ASTRA benötigt für die Führung des gesamtschweizerischen Datensystems zur Strasse und zum Strassenverkehr geeignete Datengrundlagen und Werkzeuge. Die in den früheren Jahren gemachten Erfahrungen haben die Wichtigkeit von gemeinsamen Geoinformationen klar aufgezeigt. Damals hat jeder Fachbereich seine eigenen Geoinformationen gepflegt, je nach Bedürfnis und verfügbaren Mitteln. Dies führte dazu, dass die verschiedenen Fachbereiche aus dem gleichen Amt beim gleichen Lieferanten Daten bestellten. Häufig waren dies Einzelbestellungen ohne Nachführungsaufträge. Der Datenbestand wuchs dadurch sehr heterogen. Niemand wusste, wer welche Daten mit welcher Aktualität besass. Dank der GKG werden die Datenbedürfnisse nicht



Inventarobjekte

Schadensprozesse

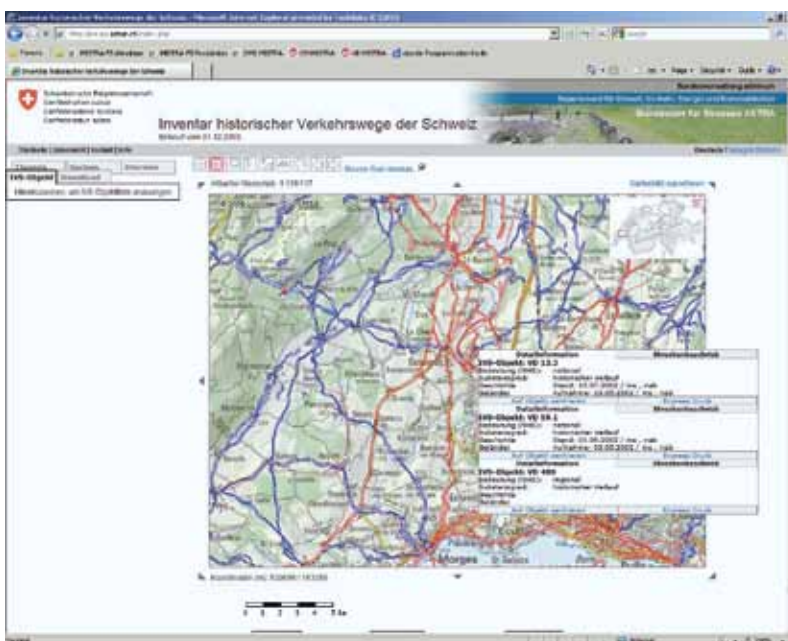
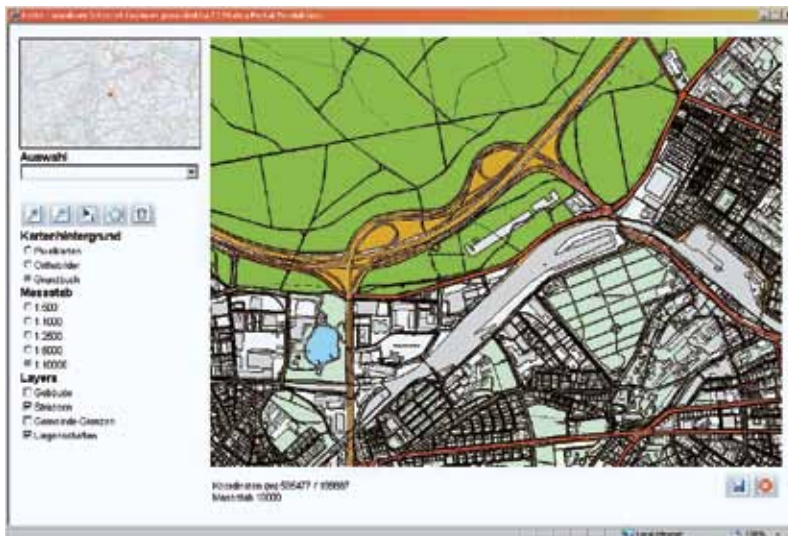
### Das ASTRA benötigt für die Führung des gesamtschweizerischen Datensystems zur Strasse und zum Strassenverkehr geeignete Datengrundlagen und Werkzeuge.

nur Fachbereichs- sonder auch Ämterübergreifend koordiniert und die Datenmodelle harmonisiert. Die Datenlieferanten, insbesondere das Bundesamt für Landestopografie (swisstopo), können ihre Produkte auf unsere koordinierten Bedürfnisse ausrichten. Zudem wird eine zentrale Internet-Datenplattform über alle Bundesstellen betrieben und weiterentwickelt, die auch unsere Geobasisdatensätze beinhalten.

#### Änderungen in den letzten zehn Jahren

In den letzten Jahren hat sich die chaotische Situation bei den Geoinformationen, dank der GKG und KOGIS, stark verbessert. Vereinbarungen mit swisstopo, wie sie im Rahmen des Projektes MISTRA abgeschlossen werden konnten, dienen als Grundlage für weitere Ämter und Stellen. Dank der Koordinationstätigkeiten konnten viele Geoinformationen gesamtschweizerisch zusammengezogen und dem Bund zentral zur Verfügung gestellt werden.

Ein Beispiel dazu: Vor fünf Jahren wurde das Geodatenportal der amtlichen Vermessung gestartet. Vor zwei Jahren konnten die ersten Ergebnisse genutzt werden. In MISTRA wurden ab diesem Zeitpunkt mit der Applikation «Liegenschafts- und Vertragsverwaltung» diese Daten



LVS-AV-Portal (oben) und Web-IVS

## «Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.»

«direkt» verknüpft und konnten, je nach Lieferungsstand der Kantone, konsultiert werden. Heute sind die Daten auf dem Portal über die ganze Schweiz vorhanden. Der Betrieb ist konsolidiert und die Datennachführung geregelt.

### Erwartungen

Der Daten- und Informationsaustausch zwischen den Ämtern muss weiter gefördert und vorangetrieben werden. Dazu braucht es gemeinsame Geoinformationen (Referenzdaten), auf welche sich die Fachinformationen beziehen. Die Datenmodelle der Geoinformationen müssen weiter harmonisiert werden. Die Bereitstellung ist möglichst zentral zu halten und diese Daten sollen nur durch die verantwortliche Stelle aufbereitet, gepflegt und verwaltet werden.

Der einfachen und breiteren Datennutzung stehen heute noch administrative Hindernisse, besonders behördenintern, im Weg. Konkret handelt es sich um die Datennutzungsrechte und die finanzielle Entschädigungen zwischen diesen Partnern und den von ihnen Beauftragten. Diese Hindernisse müssen abgebaut werden, wenn nötig mit entsprechenden Einnahmeverlusten bei den Datenproduzenten. Nur so kann man den volkswirtschaftlichen Nutzen steigern und unsinnige Doppelerfassung vermeiden.

### Schlussfolgerungen

Die Bestrebungen und Aktivitäten der GKG sind sehr erfreulich. Sie führen, zumindest für das ASTRA, in die richtige Richtung. Die Zusammenarbeit und Koordination der Datenbedürfnisse wird gefördert. Durch die ersten Erfolge, unter anderem dank dem Projekt MISTRA, erkennen auch andere Ämter, Organisationen usw. den Vorteil dieser Koordinationstätigkeiten.

«Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg». Dieses Zitat kann als Metapher für die GKG verwendet werden. Die bis heute erreichten Ergebnisse stimmen zuversichtlich. Der eingeschlagene Weg soll weiterhin und verstärkt verfolgt werden.



Tom Klingl,  
BAFU

Die Nutzung und der Schutz der Umwelt sowie der natürlichen Ressourcen sind gemäss Bundesverfassung eine Aufgabe des Bundes. Das Departement Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK, mit dem BAFU als verantwortlichem Bundesamt, ist in besonderem Mass mit diesen Aufgaben betraut: Es strebt den Schutz und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen an und befasst sich mit der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen sowie mit dem Schutz vor Naturgefahren. Die konkreten Ziele sind:

- Langfristige Erhaltung und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und Behebung bestehender Beeinträchtigungen;
- Schutz des Menschen vor übermässigen Belastungen;
- Schutz des Menschen und erheblicher Sachwerte vor natürlichen und technischen Gefahren.

Zur Verfolgung dieser Ziele nimmt das BAFU folgende Funktionen und Aufgaben wahr:

- Als Grundlage der Ressourcenbewirtschaftung betreibt es Umweltbeobachtung und informiert über den Zustand der Umwelt und die Möglichkeiten, die natürlichen Ressourcen ausgewogen zu nutzen und zu schützen.
- Es bereitet Entscheide für eine umfassende und kohärente Politik der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen vor.
- Es setzt die Entscheide um und unterstützt Partner bei der Umsetzung.

Bei der Gestaltung der Umweltpolitik geht es immer um den Zugang zu den natürlichen Ressourcen. Umweltpolitik ist deshalb Ressourcenpolitik, weil sie den Zugang zu einem knappen Gut – den natürlichen Ressourcen – steuert. Da die Umwelt- und Ressourcenpolitik Zielkonflikte mit anderen wichtigen öffentlichen Interessen erkennen und möglichst auflösen muss, ist es selbstverständlich, dass das BAFU diese räumlichen Zielkonflikte mit Geografischen Informationssystemen (GIS) sichtbar macht und analysiert.

Das BAFU, bzw. seine Vorläuferinstitutionen, waren Pioniere bei der Einführung von GIS in der Bundesverwaltung (ab ca. 1987). Die Arbeitsweise des BAFU, die viele Sektoralpolitiken des Bundes beeinflusst, liefert einen wichtigen Beitrag für die Steuerung und strategische Führung der Geoinformation auf Bundesebene. Neben swisstopo ist das BAFU der grösste Produzent von Geodaten. Im Rahmen des Vollzuges der Umweltgesetzgebung ist es für minimale Geodatenmodelle auf nationaler und auf kantonaler Ebene verantwortlich (gesamthaft 75 Geobasis-

datensätze!). Ferner ist das BAFU, durch die bilateralen Staatsverträge mit der EU, Mitglied der Europäischen Umweltagentur (EUA) und über seine Berichtspflichten indirekt von der INSPIRE-Richtlinie betroffen, obwohl diese in der Schweiz nicht umgesetzt werden muss.

Die vergangenen zehn Jahre sind von einem breiten Einzug von GIS und Fernerkundung in nahezu sämtlichen Fachbereichen des BAFU gekennzeichnet. Durch die Entwicklung im privaten Sektor (u.a. GPS, Google Earth & Maps) findet die Verbreitung räumlicher Informationen heute eine breite Akzeptanz und ist Bestandteil der guten Arbeitspraxis geworden.

Das BAFU hat sich in den vergangenen zehn Jahren intensiv an den verschiedensten Arbeitsgruppen der GKG beteiligt. Die Themen reichen von Rollenklärungen der GKG gegenüber den Organisationsstrukturen von NOVE-IT, der Standardisierung im GIS-Bereich, bis zur Beteiligung des BAFU an den verschiedenen Arbeitsgruppen zur Geoinformationsgesetzgebung, in denen es seine Standpunkte einbringen konnte. Ferner ist das BAFU im Steuerungsorgan e-geo.ch vertreten und sieht sich dort insbesondere als Partner der kantonalen Fachkonferenzen im Umweltbereich, im Rahmen der Umsetzung des Geo-Informationsgesetzgebung sowie der Nationalen Geodateninfrastruktur NGDI.

Das BAFU erwartet von Seiten der Partner in den oben genannten Gremien Verständnis für seine eigene Situation: Die Erhebung von Informationen mit Raumbezug, aus denen später Geoinformationen, bzw. Geobasisdaten werden, betreibt das BAFU nicht zum Selbstzweck, sondern im Rahmen der Erfüllung seiner Aufgaben. Das BAFU setzt sich für einen freien Zugang zu qualitativ hochwertigen Geoinformationen der öffentlichen Hand, im Sinne der «Strategie für Geoinformation beim Bund», vom April 2001 ein. Im Gegenzug bringt das BAFU sein Wissen und seine Expertise in diese Gremien mit ein.

Die heutige Entwicklung in der Verwendung von Geoinformationen in der öffentlichen Verwaltung war vor zehn Jahren absehbar. Dennoch sorgte und sorgt die technologische Eigendynamik dieses Wachstumsbereiches immer wieder für Überraschungen. Insofern ist es ratsam, die nächsten zehn Jahre der GKG mit einem gesunden Pragmatismus anzugehen.

## Das BAFU hat sich in den vergangenen zehn Jahren intensiv an den verschiedensten Arbeitsgruppen der GKG beteiligt.



Abb. 1: Modellierung von Naturgefahrenprozessen in SilvaProtect, Abt. Gefahrenprävention



**Wolfgang Tietz, Leiter  
Bereich AST (Architekturen,  
Standards, Technologien),  
Informatikstrategieorgan  
Bund**

#### Kurze Beschreibung des Informatikstrategieorgan Bund ISB

Das Informatikstrategieorgan Bund (ISB) ist die Stabstelle des Informatikrates Bund (IRB) und ist administrativ dem Generalsekretariat des EFD angegliedert. Es erarbeitet die Entscheidungsgrundlagen für die strategische Steuerung der Informatik in der Bundesverwaltung. Das ISB führt zudem die Geschäftsstelle E-Government Schweiz, welche die Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz in Bund, Kantonen und Gemeinden koordiniert.

Um Geoinformationen im Bund und in der Schweiz bereitzustellen und zu verbreiten, braucht es einheitliche Informatikvoraussetzungen. Das ISB erarbeitet zusammen mit dem Architekturboard Bund und in enger Abstimmung mit der Standardisierungsplattform eCH Voraussetzungen für Architekturen und Standardisierungen, die auch für Geoinformationen genutzt werden. Die Geoinformations-Gemeinschaft ihrerseits ist mit der swisstopo als Querschnittsamt im Architekturboard Bund vertreten und nutzt auch die eCH-Plattform zur Standardisierung von Geoinformationen.

#### Warum ist das ISB Mitglied der GKG

Das ISB koordiniert die bundesweit relevanten Aspekte des Informatikeinsatzes und bringt so in der GKG alle relevanten Informationen zur Steuerung und Führung der Informatik ein. So können beispielsweise Fragen zur Gestaltung von IKT-Vorgaben aus Geoinformationssicht oder Fragen zur Nutzung des IKT-Wachstums-Budgets für Innovationen schnell geklärt werden und die notwendige Unterstützung zur Umsetzung des Geoinformationsgesetzes in die GKG eingebracht werden.

Mit dem ISB-Einsatz in der GKG ist die direkte Verbindung zur Geschäftsstelle E-Government, welche im ISB angesiedelt ist, gewährleistet. Diese ist Ansprechpartner für die Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz und damit auch für die Koordination und Einbindung der priorisierten Vorhaben mit Bezug zu Geoinformationen in das E-Government.

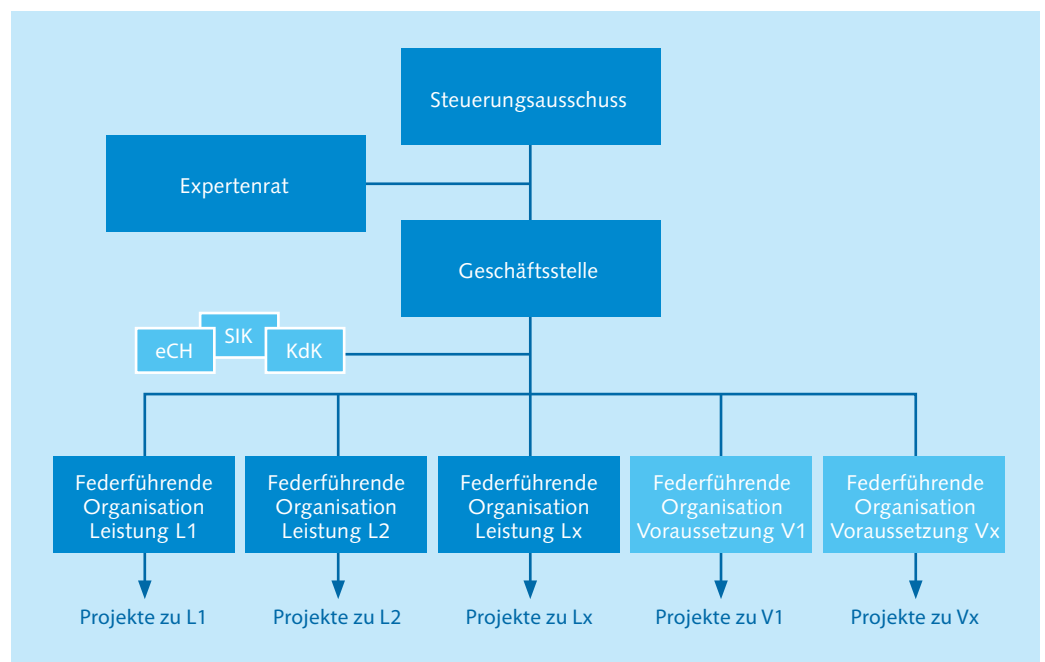
#### Wichtige Entwicklungen in den vergangenen zehn Jahren

Beim Bund wurde mit dem Programm NOVE-IT die Trennung von Leistungserbringung und Leistungsbezug auf der Basis von miteinander abgestimmten Leistungsvereinbarungen durchgeführt. Damit einher ging eine Konzentration auf wenige, departementale Leistungserbringer, eine Konsolidierung der Hard- und Softwareinfrastrukturen und die Einrichtung der heutigen Strukturen zur Steuerung und Führung der Informatik mit dem IRB als oberstes Steuerungsgremium. Der IRB hat an seiner 29. Sitzung am 25.2.2002 der GKG die Kompetenz zur Genehmigung von Standards im Bereich der Geoinformationssysteme übertragen.

Auf Ebene Schweiz wurde 2002 die Standardisierungsplattform eCH als Verein etabliert. Dieser ist heute die breit anerkannte Institution für nationale Standardisierungen im E-Government.

Mit der Verabschiedung der E-Government-Strategie Schweiz im Jahr 2007 durch den Bundesrat und der Etablierung einer Organisation zu deren Umsetzung wurden auch die Voraussetzungen für die Schaffung einer durchgängigen Geoinformationsinfrastruktur verbessert. Die Organisation zur Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz ist durch die «Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz» geregelt, s. Abb. 1.

Abb. 1: Organisation der  
E-Government-Strategie  
Schweiz



### Erreichte Ergebnisse

Der Standard eCH0056 (Profil Geo Webservices) wurde 2006 in der ersten Version vom eCH-Expertenrat verabschiedet und publiziert. Eine aktualisierte, 2. Version ist derzeit in Arbeit.

Die Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz erfolgt über priorisierte Vorhaben unter Federführung der zuständigen Stellen und mit Unterstützung der beim ISB angesiedelten Geschäftsstelle E-Government. Zu den priorisierten Vorhaben mit Bezug auf Geoinformationen gehören z.B.:

#### *In der Kategorie Voraussetzungen:*

- B1.10 (Organisation zur Erarbeitung einer nationalen Geodateninfrastruktur NGDI)
- B1.06 (E-Government-Architektur Schweiz) unter der Federführung des ISB identifiziert u.a. die Elemente einer künftigen E-Government-Infrastruktur und schlägt sie zur Umsetzung vor. Damit ist das Vorhaben auch für den Austausch und die Aktualisierung von Geoinformationen relevant.
- B1.12 Standardisierung von Objektdaten

#### *In der Kategorie Leistungen:*

- A1.14 (Zugang zu Geobasisdaten, Geodiensten und Kartenanwendungen durch ein nationales Geoportal),
- A1.16 (Agrarsektoradministration ASA 2011),
- A1.17 (Datenzugang des Netzwerkes Umweltbeobachtung Schweiz) und
- A1.19 (Elektronisches Grundstück-Informationssystem eGRIS).

Der Finanzierungsantrag von KOGIS für das Projekt Go4Geo (Umsetzung der Bundes-Geodateninfrastruktur BGDI) wurde 2009 vom IRB im Rahmen des IKT-Wachstumsbudgets genehmigt. Damit wurde eine wichtige Voraussetzung zur Weiterentwicklung der Geoinformationen erfüllt.

### Erwartungen

Mit der Schaffung der gesetzlichen Grundlagen (GeoIG und GeoIV) und deren Umsetzung über den Aufbau einer departementsübergreifenden (GKG) und schweizweiten (e-geo.ch) Organisation gehört das Geschäftsfeld Geoinformationen zu den innovativen Vorreitern im E-Government.

Die im Kontext der Geoinformationen zu lösenden Aufgaben adressieren von der Harmonisierung und Standardisierung über Prozesse und Unternehmensarchitekturen viele organisationsübergreifende Problemkreise, die auch beim ISB anstehen. In diesem Sinn erwarte ich eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung. Dazu gehört z.B. auch, dass Grundlagen, die für eine bessere Abstimmung der Verwaltungsgeschäfte mit der IKT bereit gestellt werden, mit Geoinformationen auf ihre Praxistauglichkeit geprüft und verbessert werden.

## Mit der Schaffung der gesetzlichen Grundlagen und deren Umsetzung über den Aufbau einer departementsübergreifenden und schweizweiten Organisation gehört das Geschäftsfeld Geoinformationen zu den innovativen Vorreitern im E-Government.

### Schlussfolgerungen

Als Mitglied der GKG und als GKG-Vertreter im Steuerungsausschuss von e-geo.ch schätze ich den offenen und kritischen Informationsaustausch, die konstruktive Lösungsfindung und das über die Jahre entstandene Netzwerk der GKG-Mitglieder. Die ausgeglichene Leitung der GKG durch den jeweiligen Direktor der swisstopo und die professionelle Unterstützung durch die Mitarbeitenden von KOGIS tragen viel zum Erfolg der GKG bei.

### Weitere Infos:

[www.isb.admin.ch](http://www.isb.admin.ch)  
[www.egovernment.ch](http://www.egovernment.ch)  
[www.ech.ch](http://www.ech.ch)



Ulrich Lichti,  
Direktionsadjunkt,  
Bundeskanzlei



**Die Rolle der Bundeskanzlei als Schnittstelle und Koordinatorin** zwischen Bundesrat, Verwaltung, Botschaften und Parlament.

#### Stabsstelle des Bundesrates

Die Bundeskanzlei erbringt Dienstleistungen für den Bundesrat und die Bundesverwaltung sowie für die Bevölkerung. Ihr Dienstleistungsangebot passt sie periodisch den neuen Herausforderungen und Bedürfnissen an.

#### Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen finden sich unter anderem in der Bundesverfassung, im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz sowie in der Organisationsverordnung für die Bundeskanzlei.

#### Geschichte der Bundeskanzlei

Die Stabsstelle des Bundesrates ist die älteste eidgenössische Behördeninstitution – 45 Jahre älter als der Bundesstaat Schweiz selbst. Ihre Schaffung als ständiges Bundesorgan verdankt die Kanzlei Napoleon Bonaparte.

#### Aufgaben der Bundeskanzlei

- Beratung und Unterstützung des Bundesrates bei der Planung und Koordination von Geschäften auf Regierungsebene.
- Entwurf der Arbeits- und Geschäftspläne und Überwachung ihrer Umsetzung für den Bundespräsidenten oder die Bundespräsidentin.
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung der Verhandlungen des Bundesrates.
- Beratung des Bundesrates bei der gesamtheitlichen Führung der Bundesverwaltung und Übernahme von Aufsichtsfunktionen.
- Unterstützung des Bundesrates im Verkehr mit der Bundesversammlung.
- Koordination und Ausbildung in übergeordneten Aufgabenbereichen, wie beispielsweise dem Krisenmanagement.

Die Bundeskanzlei hat insbesondere in den interdepartementalen Querschnittsbereichen eine zunehmend gewichtige Rolle als Koordinatorin oder Mitglied in Steuerungsausschüssen, beispielsweise in jenem zu eGovernment. Die Geoinformation ihrerseits nimmt einen zunehmend wichtigeren Platz im eGovernment ein. Diese Zusammenhänge lassen es sinnvoll erscheinen, dass die Bundeskanzlei ein ständiges Mitglied der GKG KOGIS ist; selbst wenn auf den ersten Blick die Bundeskanzlei wenig bis nichts direkt mit Geoinformation zu schaffen hat.

Auf die vergangenen zehn Jahre zurückblickend kann festgehalten werden, dass sich ein systematisches Mitwirken der Bundeskanzlei auf strategischer/steuernder Ebene organisatorisch etabliert hat. Diese organisatorische Einbindung soll sich inskünftig engagierter gestalten können.

**Die Geoinformation ihrerseits nimmt einen zunehmend wichtigeren Platz im eGovernment ein.**

# Gesucht: Innovative Projekte im Bereich Geoinformation

Im November 2010 wird zum dritten Mal der e-geo.ch-Innovationspreis verliehen. Es werden sowohl Studentenarbeiten als auch Projekte und Entwicklungen von Organisationen oder Firmen ausgezeichnet, die sich den Themen der zukünftigen NGDI (Nationale Geodaten-Infrastruktur der Schweiz) widmen.

Der Preis wird in drei Kategorien verliehen:

**1) Nachwuchspreis:**

Abschlussarbeiten von Studierenden einer Universität, Fachhochschule, Geomatiktechnikerlehrgang oder Mittelschule (Bachelor-, Master-, Diplom-, Maturaarbeiten oder Dissertationen).

**2) Innovationspreis:**

Projekte oder Entwicklungen von Organisationen oder Firmen, die einen besonders innovativen Beitrag zur NGDI leisten.

**3) Ehrenpreis:**

Personen, die sich in besonderer Weise um die NGDI verdient gemacht haben.

**Anmeldung:**

Ab dem 1. Juni 2010 können Sie sich auf [www.e-geo.ch](http://www.e-geo.ch) für die Teilnahme am Innovationspreis anmelden. Die Arbeiten müssen bis am 31. Juli 2010 eingereicht werden.

**Teilnahmebedingungen:**

Die detaillierten Teilnahmebedingungen sowie Angaben und Richtlinien zur Einreichung der Bewerbung finden Sie auf [www.e-geo.ch](http://www.e-geo.ch).

**Trägerschaft:**

Die Verleihung des e-geo.ch-Innovationspreises wird von e-geo.ch organisiert und durchgeführt. Die Verantwortung für das Programm «e-geo.ch» trägt ein Steuerungsorgan, in dem 15 Vertreter von Bund, Kantonen, Schweizer Städten und Gemeinden sowie der Schweizerischen Organisation für Geo-Information (SOGI) vereint sind.

**Infos:** [www.e-geo.ch](http://www.e-geo.ch)

**e-geo.ch**  
Geoinformation

**Innovationspreis e-geo.ch**

**Gesucht: Innovative Projekte im Bereich Geoinformation**

Im November 2010 wird zum dritten Mal der e-geo.ch-Innovationspreis verliehen. Es werden sowohl Studentenarbeiten als auch Projekte und Entwicklungen von Organisationen oder Firmen ausgezeichnet, die sich den Themen der zukünftigen NGDI (Nationale Geodaten-Infrastruktur der Schweiz) widmen.

Der Preis wird in drei Kategorien verliehen:

**1) Nachwuchspreis:** Abschlussarbeiten von Studierenden einer Universität, Fachhochschule, Geomatiktechnikerlehrgang oder Mittelschule (Bachelor-, Master-, Diplom-, Maturaarbeiten oder Dissertationen)

**2) Innovationspreis:** Projekte oder Entwicklungen von Organisationen oder Firmen, die einen besonders innovativen Beitrag zur NGDI leisten.

**3) Ehrenpreis:** Personen, die sich in besonderer Weise um die NGDI verdient gemacht haben.

**Anmeldung:** Ab dem 1. Juni 2010 können Sie sich auf [www.e-geo.ch](http://www.e-geo.ch) für die Teilnahme am Innovationspreis anmelden. Die Arbeiten müssen bis am 31. Juli 2010 eingereicht werden.

**Teilnahmebedingungen:** Die detaillierten Teilnahmebedingungen sowie Angaben und Richtlinien zur Einreichung der Bewerbung finden Sie auf [www.e-geo.ch](http://www.e-geo.ch).

**Trägerschaft:** Die Verleihung des e-geo.ch-Innovationspreises wird von e-geo.ch organisiert und durchgeführt. Die Verantwortung für das Programm «e-geo.ch» trägt ein Steuerungsorgan, in dem 15 Vertreter von Bund, Kantonen, Schweizer Städten und Gemeinden sowie der Schweizerischen Organisation für Geo-Information (SOGI) vereint sind.

**Infos:** [www.e-geo.ch](http://www.e-geo.ch)



**Auskünfte:**

e-geo.ch  
c/o Bundesamt für Landestopografie  
Seftigenstrasse 264, Postfach  
CH-3084 Wabern

Telefon +41 31 963 21 11  
Fax +41 31 963 24 59  
e-mail info@e-geo.ch  
www.e-geo.ch

**Herausgeber:** e-geo.ch

**Redaktion:** René Sonney, e-geo.ch

**Konzept:** MKR Consulting AG, Bern

**Gestaltung:** Atelier Ursula Heilig SGD, Gümligen

**Druck:** swisstopo

**Auflage:** 2450 Exemplare (1800 deutsch, 650 franz.)

**Bilder:** swisstopo, KOGIS, e-geo.ch, Autoren

## Antwortalon

Sie können die Antwortkarte faxen (031 963 24 59) oder Ihre Bestellung mailen an info@e-geo.ch.  
Immer aktuell informiert über das Programm e-geo.ch:

Bitte senden Sie uns regelmässig den **Newsletter e-geo.ch**:

- Anzahl Exemplare deutsch       Anzahl Exemplare französisch  
 per Post       per E-Mail

Bitte senden Sie uns die Broschüre «**Das Umsetzungskonzept zur Strategie für Geoinformation beim Bund**»:

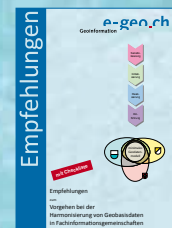
- Anzahl Exemplare deutsch       Anzahl Exemplare französisch

Bitte senden Sie uns die **Charta e-geo.ch**:

- Anzahl Exemplare deutsch       Anzahl Exemplare französisch

Bitte senden Sie uns die Broschüre «**Empfehlungen zum Vorgehen bei der Harmonisierung von Geobasisdaten**»:

- Anzahl Exemplare deutsch       Anzahl Exemplare französisch



Organisation/Firma

Name, Vorname

Adresse

E-Mail